

Drogen, Armut, Ausweglosigkeit

_____ **Schwerpunkt:** Wenn Gesellschaften zerbrechen, fliehen Menschen in den Rausch _____ **Meinung:** Was von der diesjährigen Weltklimakonferenz zu erwarten ist _____ **Aus aller Welt:** Wie sich Khartum nach Jahren der Zerstörung langsam erholt _____ Umstrittene Geothermie-Projekte führen in Indonesien zu Protesten der Indigenen Bevölkerung



Meinung — 5

- 5 Die geopolitische Lage lässt wenig hoffen für die Weltklimakonferenz in Antalya, doch kleine Schritte zu mehr Klimaschutz sind möglich**
Interview mit Axel Michaelowa
- 8 Dank seines Amtes wird Donald Trump immer reicher – dies deutet auf ein bekanntes Muster der Kleptokratie hin, dessen Folgen weit über die USA hinausreichen**
Hans Dembowski

„Wer sich mit Kleptokratie und autoritärer Herrschaft auskennt, konnte Donald Trumps Amtsverständnis schon immer leicht durchschauen.“

Hans Dembowski, S. 8

Die Stimmung vor der diesjährigen Weltklimakonferenz ist angespannt, S. 5.



Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Huang/Menders

Aus aller Welt — 11

- 11 Nach Jahren des Krieges bringen lokale Organisationen neue Lebenskraft in die sudanesishe Hauptstadt Khartum**
Aunnab Alman
- 15 Auf der indonesischen Vulkaninsel Flores protestieren Indigene Gruppen gegen Geothermie-Projekte – und die KfW hat ihre Finanzierung ausgesetzt**
Garry Lotulung
- 18 Indiens Essenslieferant*innen arbeiten oft in langen Schichten ohne verlässliche Mahlzeiten, Ruhepausen oder soziale Absicherung**
Rishabh Jain
- 21 Heutzutage: Wie sich ein Dorf in Malawi gegen Überschwemmungen wappnet**
Charles Pensulo



Radfahrclubs gehören zu den Gruppen, die dem kriegsgeplagten Khartum wieder neues Leben einhauchen, S. 11.

24 — Schwerpunkt — Drogen, Armut, Ausweglosigkeit

25 Um das global wachsende Drogenproblem nachhaltig anzugehen, sollten entwicklungspolitische Ansätze stärker in den Fokus rücken

Jörg Döbereiner

26 Zahlen und Fakten über Drogen

Isah Shafiq

28 Alkohol oder Schach? Für ein indisches Dorf ist die Antwort klar

Roli Mahajan

30 Die Khat-Lobby in Kenia setzt sich für die Wiederöffnung der seit Langem geschlossenen Grenze zu Somalia ein, wo die stimulierende Pflanze ihren größten Exportmarkt hat

Joseph Maina

33 Im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia bietet lokal hergestellter Alkohol eine Ausflucht und ein Einkommen, verschärft aber auch Spannungen

Alba Nakuwa

36 Wie sich zivilgesellschaftliche Initiativen in Mexiko für Menschen einsetzen, die süchtig nach Fentanyl und anderen synthetischen Drogen sind

Sonja Peteranderl

40 Junge suchtkranke Menschen in Simbabwe stehen zwischen einer praktisch nicht vorhandenen öffentlichen Versorgung und unregulierten privaten Rehabilitationszentren

Deogracious Kalima

44 Da staatliche Systeme versagen, bieten religiöse Organisationen in Indien gemeindebasierte Drogenrehabilitation an

Rishabh Jain

48 Nigeria braucht strengere Vorschriften und höhere Steuern, um die durch Alkohol verursachten Schäden zu verringern

Chinedu Moghalu

10 Impressum

Illustration: E+Z, KI-generiert



Immer mehr Menschen weltweit konsumieren Drogen, und immer mehr sterben daran. Während einflussreiche Länder wie die USA ihre harte Hand im Kampf gegen Drogen zur Schau stellen, ist klar: Allein mit sicherheitspolitischen Mitteln lässt sich das Problem nicht lösen. Die Kartelle passen sich an, und sie nutzen gezielt politisch instabile Regionen, um ihren Einfluss auszuweiten. Entwicklungspolitische Ansätze müssen in den Fokus rücken: Menschen, die mit dem Anbau pflanzlicher Drogen ihren Lebensunterhalt verdienen, brauchen legale Erwerbsmöglichkeiten. Und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder Senkung der Jugendarbeitslosigkeit wirken auch im Sinne einer weitsichtigen Politik gegen Drogen.



VIDEO

Wie Menschenrechts-aktivist*innen im Ausland verfolgt werden

Menschenrechtsexpertin Selmin Çalışkan spricht in diesem exklusiven E+Z-Video darüber, wie Menschenrechtsaktivist*innen von autoritären Regimen auch im Ausland verfolgt werden – und was dagegen zu tun ist.

Die gute Nachricht

Das Verfassungsgericht Südafrikas – das höchste Gericht des Landes – entzog Shell und Impact Africa das Explorationsrecht an der Wild Coast und stoppte damit Pläne, mittels seismischer Untersuchungen entlang der Küste nach Öl und Gas zu suchen. Der durch diese Untersuchungen verursachte intensive Unterwasserlärm weckte Bedenken hinsichtlich möglicher Schäden für Meereslebewesen und Ökosysteme, zumal die lokalen Gemeinschaften enge kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen zum Meer haben.

Das Gericht befand sowohl die Konsultation der lokalen Gemeinschaften als auch die Berücksichtigung wichtiger Umwelt- und Klimabelange als unzureichend. Was 2021 mit sechs Gemeinden, NGOs und Organisationen für Umweltgerechtigkeit begann, hat sich zum ersten Klimafall entwickelt, der vor dem Verfassungsgericht des Landes verhandelt wurde, und gilt als wegweisendes Urteil für Klimagerechtigkeit. Aus der Herangehensweise des Gerichts lassen sich zentrale Dimensionen der Klimagerechtigkeit ableiten, wie die Expertin für Umwelt- und Klimarecht Angela van der Berg in „The Conversation“ dargelegt hat.

South Africa's top court blocked Shell's Wild Coast oil search: why it matters for climate justice



75

Prozent

der Teilnehmenden an einer internationalen Umfrage zum Thema Wohnen berichteten, dass sie im vergangenen Jahr mindestens eine Ausgabe zurückgefahren haben, um Wohnkosten zu stemmen. Beispielsweise hat ein Drittel der Befragten weniger für Essen oder Lebensmittel ausgegeben. Datengrundlage ist eine von der Nonprofit-Organisation Habitat for Humanity beauftragte Umfrage unter mehr als 30.000 Personen in 22 Ländern, darunter Äthiopien, Brasilien, Guatemala, Mexiko, Nepal, Nigeria, Indonesien und Südafrika. Habitat for Humanity setzt sich dafür ein, den chronischen Mangel an Wohnraum weltweit zu überwinden und allen Menschen eine würdevolle Unterkunft zu ermöglichen.

WELTKLIMAKONFERENZ

„Die Stimmung ist extrem angespannt“

Die geopolitische Lage lässt wenig hoffen für die COP31 in Antalya – das Erstarken autoritärer Kräfte erschwert internationale Zusammenarbeit massiv. Hohe Erwartungen an die Konferenz habe er deshalb nicht, meint der Klimapolitikexperte Axel Michaelowa. Aber er erklärt, wo sich trotzdem etwas bewegt.

AXEL MICHAELOWA IM GESPRÄCH MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Huang/Menders



Bei einem Treffen in dem Inselstaat Tuvalu machten sich Entscheidungsträger*innen im Vorfeld der COP31 im Oktober ein Bild von den Auswirkungen des Klimawandels.

Die Weltklimakonferenz wird dieses Jahr erstmals von zwei Ländern ausgetragen: Die Türkei übernimmt die Präsidentschaft, Australien leitet die Verhandlungen. Was sind Ihre Erwartungen?

Diese Aufteilung ist ein schaler Kompromiss. Er gibt der Türkei alle Möglichkeiten, ihre Positionen durchzubringen und lässt Australien die Hauptarbeit machen – das wird die COP erheblich belasten. Die autoritäre Regierung der Türkei hat klimapolitisch immer nur gebremst und soll jetzt eine konstruktive Rolle bei der Leitung einer COP spielen – das passt nicht zusammen.

Zudem erzielen COPs vor allem dann konkrete Ergebnisse, wenn ein wichtiges Thema eine klare Frist hat. Das ist dieses Jahr nicht der Fall. Hinzu kommt das extrem schwierige globale Umfeld mit den Kriegen im Nahen Osten, wirtschaftlichen Verwerfungen, der stromfressenden KI-Revolution und dem Erstarken autoritärer Kräfte, die nicht an internationaler Kooperation interessiert sind. Ich gehe nicht davon aus, dass diese Klimakonferenz ein relevantes Ergebnis erzielen wird, sondern sehe sie eher als Übergangskonferenz zur COP in Äthiopien nächstes Jahr. Äthiopien hat Klimapolitik immer konsequent betrieben und sich international entsprechend eingebracht.

„COPs erzielen vor allem dann konkrete Ergebnisse, wenn ein wichtiges Thema eine klare Frist hat. Das ist dieses Jahr nicht der Fall.“

Weltweit geht die Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln wieder zurück. Wie wirkt sich das auf die Verhandlungen aus?

Die Stimmung ist extrem angespannt. Großbritannien kürzt die Mittel stark, auch die Schweiz und Deutschland kürzen. Das löst bei den Ländern des Globalen Südens großen Unmut aus, völlig zu Recht. In der Vorbereitungssitzung im Juni kam die Finanzierungsdebatte in nahezu allen Verhandlungssträngen auf. Die Länder des Globalen Südens wiederholten immer wieder: Die Industrieländer geben nicht genügend Finanzierung. Letztere wiederum fordern, dass vor allem die Schwellenländer und reichen Ölstaaten bei der Finanzierung des Klimaschutzes mitmachen. Das ist der alte Konflikt, der das Klimaregime seit Jahrzehnten prägt. Jetzt bricht er ganz offen aus.

Wo sind trotzdem Fortschritte möglich?

Antalya soll weitere Schritte zur Definition der 59 Anpassungsindikatoren einleiten, die letztes Jahr in Belém verabschiedet wurden. Diese „Belém Adaptation Indicators“ sollen auf Landesebene Fortschritte bei der Klimaanpassung messbar machen.

Wieso ist das wichtig?

Die Auswirkungen der Klimaveränderung werden rasant stärker, und Anpassung hat für alle armen Länder höchste Priorität. Das ist hochaktuell mit Blick auf den derzeitigen „Super-El-Niño“, der 2027 einen Temperaturanstieg auf 1,8 Grad über dem vorindustriellen Wert mit sich bringen könnte. Dennoch ist die Anpassungsfinanzierung immer noch viel geringer als die Minderungsfinanzierung. Damit sich das ändert, müssten vor allem die Finanzinstitutionen und der Privatsektor stärker einsteigen – denen aber fehlt klare Messbarkeit. Minderung kann man mittlerweile gut messen, weil es einen breiten Konsens zu den dafür relevanten Indikatoren gibt. Wenn man es in Antalya schafft, Fortschritte bei der Operationalisierung der Anpassungsindikatoren zu erzielen, dann hilft das, mehr öffentliche Finanzierung zu mobilisieren. So können international anerkannte Indikatoren beispielsweise Staaten helfen, bei Entwicklungsbanken und Klimafonds Kredite oder Zuschüsse für Anpassungsmaßnahmen zu beantragen. Ideal wäre eine internationale Institution, ein globaler Anpassungs-Think-Tank, der die Koordination übernimmt und ohne Eigeninteresse daran arbeitet, Transparenz herzustellen.

Auf der COP im letzten Jahr haben mehr als 80 Länder einen Fahrplan zur Abkehr von fossilen Energien gefordert, dieser scheiterte jedoch am Widerstand insbesondere großer fossiler Produzenten. Auf einer Konferenz im Frühjahr im kolumbianischen Santa Marta wollten knapp 60 Staaten das Thema dennoch vorantreiben. Kommt der Prozess voran?

Der Prozess stockt komplett. Zwar soll 2027 eine Folgekonferenz in Tuvalu stattfinden, aber die Santa-Marta-Initiative hat mit der Wahl des rechten Hardliners Abelardo de la Espriella zum Präsidenten Kolumbiens – und damit dem Ende der bisherigen linksgerichteten Regierung – einen wichtigen Initiator verloren. Auf der COP werden dieselben Kräfte, die den Fahrplan zum Komplettausstieg aus den fossilen Energien letztes Jahr abgelehnt haben, auch dieses Jahr wieder ablehnen. Erfolgversprechender ist das Elektrifizierungsziel „35 by 35“, das auf großen Konsens stößt.

Das Ziel besagt, dass bis 2035 Strom 35 % des weltweiten Endenergieverbrauchs decken soll. Wieso ist das so vielversprechend?

Das Thema steht gar nicht offiziell auf der Verhandlungsagenda, sondern wurde von der Präsidentschaft einge-

bracht. Dennoch könnte es der Meilenstein dieser COP werden. Das Ziel kann nahezu jeder befürworten, weil keine feste Quote für die Energiequellen – erneuerbare oder fossile – festgelegt ist. Auch die Atom- und KI-Lobbys haben Interesse an mehr Stromproduktion.

Im Bereich internationale Kohlenstoffmärkte ist aktuell auch einiges in Bewegung. Die türkische COP31-Präsidentschaft hat verlauten lassen, dass sie in den nächsten Jahren zusätzliche 50 Milliarden Dollar für Treibhausgasemissionsgutschriften mobilisieren möchte. Der UN-geführte Kohlenstoffmarkt unter Art. 6.4 des Pariser Abkommens ist dieses Jahr deutlich vorangeschritten, beispielsweise bei der Anrechnung von Projekten für saubere Kochöfen. Geht es hier besser voran als in anderen Bereichen?

Dieser Bereich ist bisher sehr resilient. Es ist erstaunlich, wie es hier nach wie vor gelingt, stringenter Regeln voranzutreiben – während die Verhandlungen zu den meisten anderen Themen vom Streit über die Finanzierungsfrage gelähmt sind. Natürlich gibt es Lobbydruck, und der nimmt zu. Aber die Stimmung in der „Verhandlerfamilie“ ist deutlich besser als in den anderen Verhandlungssträngen. Eine Entscheidung der EU verleiht der Debatte zudem viel Dynamik: Das Europäische Klimagesetz sieht seit diesem Jahr vor, dass künftig auch internationale Emissionsgutschriften auf das EU-Klimaziel für 2040 – Senkung der Treibhausgasemissionen um 90 % im Vergleich zu 1990 – angerechnet werden können. Die EU war bis 2010 ein Vorreiter im internationalen Kohlenstoffmarkt, wandte sich danach aber völlig von ihm ab.

Welche relevanten Entwicklungen sehen Sie darüber hinaus?

Hochspannend fand ich, dass kürzlich informell verlautbart wurde, China wäre bereit, die COP 2028 auszurichten. In dem Jahr endet der zweite Global Stocktake, und die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wird bewertet – es wird also weltweit Bilanz gezogen zu den Fortschritten bei Klimaschutz und Anpassung. In diesem Fall wäre zu erwarten, dass China als Gastgeber vorzeigbare Ergebnisse erzielen möchte. Dafür müsste es allerdings die Entwicklungen schon jetzt vorantreiben, was ein wirklicher Gamechanger sein könnte: Dann gäbe es jetzt eine echte Chance auf ein brauchbares Zweijahresprogramm bis 2028. Aber das bleibt abzuwarten.

Es würde zudem viel verändern, wenn China im Vorfeld der Konferenz 2028 öffentlich und ernsthaft ankündigte, dass es einen Ausstieg aus den fossilen Energien unterstützt. Das ist im Land selbst höchst umstritten. Dort beobachten wir sowohl die höchste Inbetriebnahme neuer Kohlekraftwerke seit einem Jahrzehnt als auch einen weiteren

„Die verwundbarsten Länder im Globalen Süden sehen, dass die internationale Zusammenarbeit immer weiter zurückgeht und sich die Mächtigen dieser Welt eigentlich um nichts scheren.“

Rekordausbau der erneuerbaren Energien. Ich hoffe sehr, dass der Kampf der verschiedenen Interessen innerhalb der chinesischen Regierung zugunsten der erneuerbaren Energien ausgeht und nicht zugunsten der Kohle.

Was ist für die verwundbarsten Länder im Globalen Süden jetzt am wichtigsten?

Das Aufrechterhalten des Klimaregimes. Sie sehen, dass die internationale Zusammenarbeit immer weiter zurückgeht und sich die Mächtigen dieser Welt eigentlich um nichts scheren. Kleine, ärmere Länder sind davon besonders betroffen. Die Unterstützung des multilateralen Prozesses durch wichtige Akteure, auch die EU, ist entscheidend, damit diese Länder sich vertreten fühlen.



AXEL MICHAELOWA

ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitet an der Universität Zürich sowie dem von ihm gegründeten Think Tank und Beratungsunternehmen Perspectives. Er nimmt seit der ersten Vertragsstaatenkonferenz 1995 an den UN-Klimaverhandlungen teil und ist Mitgründer und Vorstandsmitglied des Verbundes der unabhängigen Forschungsorganisationen (RINGOs), die bei den Klimaverhandlungen akkreditiert sind. Er berät weltweit Regierungen und Unternehmen zum Design klimapolitischer Instrumente, vor allem zu den internationalen Kohlenstoffmärkten.

michaelowa@perspectives.cc



Donald Trump und der indonesische Präsident Prabowo Subianto im Oktober 2025 auf dem Friedensgipfel in Sharm el-Sheikh, wo sie offenbar auch über Immobilienprojekte sprachen, an denen ein Sohn Trumps beteiligt ist.

KLEPTOKRATIE

Privater Vorteil dank öffentlichem Amt

Donald Trump wird als Präsident der USA ständig reicher. Sein korruptes Verhalten entspricht einem klaren Muster. Hoffentlich bemerkt es das amerikanische Wahlvolk vor den Kongresswahlen Anfang November.

VON HANS DEMBOWSKI

Wer sich mit Kleptokratie und autoritärer Herrschaft auskennt, konnte Trumps Amtsverständnis schon immer leicht durchschauen. Schon nach seinem ersten Wahlerfolg 2016 – aber vor seinem Einzug ins Weiße Haus – sagte der TV-Satiriker Trevor Noah in der Daily Show voraus, wie er regieren würde. Er verglich Trump mit afrikanischen Diktatoren. Das Video war witzig, aber die Botschaft ernst. Laut Noah war Trump wie ein typischer Despot für Lügen, Vettern- und Günstlingswirtschaft bekannt. Seine Neigung zu Verschwörungstheorien, seine Geringschätzung unabhängiger Medien und seine Missachtung von Rechtsnormen passten ins Bild.

Wer sich den *Sketch* heute anschaut, fragt sich, warum es vielen Journalist*innen immer noch schwerfällt, Selbstbereicherung als Grundmuster der ansonsten erratischen Amtsführung Trumps zu benennen. Seine Politik ist sprunghaft. Was er heute sagt, widerspricht oft den Äußerungen von gestern, und morgen behauptet er wahrscheinlich wieder etwas ganz anderes. Sein Privateinkommen stieg derweil laut offiziellen Angaben von 622 Millionen Dollar 2024, als er noch nicht ins Weiße Haus zurückgekehrt war, auf 2,2 Milliarden im Jahr 2025, als er wieder regierte.

Seine kleptokratischen Neigungen reichen weit über die USA hinaus. Die vietnamesische Regierung brach ihr eigenes Planungsrecht, um der Trump Organization, dem Familienunternehmen des Präsidenten, ein Immobilienprojekt im Wert von 1,5 Milliarden Dollar beschleunigt zu bewilligen. Es geht um einen Golfplatz mit mehreren Gebäuden und Geschäften. Verkündet wurde die Genehmigung kurz vor dem Start von Handelsverhandlungen mit den USA. Das kommunistische Regime wollte offensichtlich in der Hoffnung auf niedrigere Zölle Trump einen Gefallen tun.

„Manche Versuche,
Trumps Gunst mit
lukrativen Deals zu
gewinnen, schlagen
jedoch spektakulär fehl.“

So läuft es auch anderswo. Internationale Medien berichteten Ende 2025 von einem kurzen informellen Austausch Trumps mit seinem indonesischen Amtskollegen Prabowo Subianto. Prabowo bat um Kontakt zu einem von Trumps Söhnen. Da ein Mikrofon angeschaltet war, war zu hören, dass Trump ihm daraufhin einen Anruf seines Sohnes Eric versprach. Seinerzeit wollte Eric Trump bekanntlich trotz

juristischer Probleme Immobilienvorhaben in Indonesien wiederbeleben. Prabowo nannte sogar den Namen von Erics Geschäftspartner.

DESINTERESSE REPUBLIKANISCHER PARTEIGRÖSSEN

Normalerweise hätte solch ein Wortwechsel Empörung ausgelöst. Politiker*innen von Trumps Republikanischer Partei störten sich aber nicht daran, dass ihr Staatschef Außenpolitik mit privatem Nutzen verband. Wenige Jahre zuvor hatten dieselben Leute sich demonstrativ über Hunter Biden aufgeregt, der dem Aufsichtsrat einer ukrainischen Firma beigetreten war, als sein Vater Joe Vizepräsident war. Damals lautete die Klage, der Sohn profitiere vom Amt des Vaters.

Hunter Bidens Einnahmen beliefen sich dabei auf 50.000 Dollar im Monat. Das ist viel Geld – aber recht wenig verglichen mit den Summen, die der Trump-Clan einsackt. Trumps Schwiegersohn Jared Kushner beschaffte sich für seine Immobilienfirma eine Investition im Wert von 2 Milliarden Dollar von Mohamed bin Salman. Als offizieller Gesandter des Weißen Hauses hatte er Saudi-Arabiens Kronprinz und Machthaber persönlich kennengelernt.

Die US-Verfassung verbietet Präsident*innen und anderen Amtsträger*innen, Geld oder Begünstigungen aus dem Ausland anzunehmen. Es sind Fälle bekannt, in denen der Trump-Clan das getan hat. Wer Trump einen Gefallen tun wollte, stieg beispielsweise während seiner ersten Amtszeit in Washington im Trump International Hotel ab. Es wurde verkauft, als er aus dem Amt ausschied.

Heute dient Trumps Kryptofirma World Liberty Financial einem ähnlichen Zweck. Kurz vor seiner zweiten Vereidigung im Januar 2025 erwarb ein Unternehmen aus dem Umfeld der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate einen Anteil von 49% an dieser Firma. Die neue Trump-Regierung genehmigte einige Monate später trotz Sicherheitsbedenken den Export von Computerchips dorthin.

Medienberichte haben Trumps Einnahmen aus Kryptogeschäften 2025 auf mindestens 1,4 Milliarden Dollar beziffert. Dabei brach der Wert seiner Kryptoprodukte deutlich ein, sodass Anlegerverluste sich auf 3,8 Milliarden Dollar beliefen. In den Schlagzeilen blieb das nur kurz. Presse, Funk und Fernsehen beschäftigen sich nur mit Trumps einzelnen Korruptionsfällen, wenn es öffentliche Entrüstung gibt.

EMPÖRUNG ÜBER INFANTINO UND ALBANIENS REGIERUNG

Manche Versuche, Trumps Gunst mit lukrativen Deals zu gewinnen, schlagen jedoch spektakulär fehl. In Albanien

brachen zum Beispiel Anfang 2026 Proteste aus, als die Regierung Kushners Vorschlag zustimmte, ein Tourismuszentrum in einem Naturschutzgebiet mit Flamingo-Habitat zu bauen. Die albanische Jugend, die sich vernachlässigt fühlt und keine Perspektiven findet, begann zu demonstrieren. Erst im Oktober eskalierten ihre Proteste erneut.

Der Präsident des Weltfußballverbandes FIFA, Gianni Infantino, hat ebenfalls Ärger bekommen. Er wollte Anteile an künftigen Weltmeisterschaften an Kushners Bruder Joshua und andere Investoren verkaufen. Das gefiel vielen nationalen Fußballverbänden nicht, weil es ihren Geschäftsmodellen widersprach. Infantinos Job an der FIFA-Spitze wackelt nun.

Korruption bedeutet, privaten Nutzen aus einem öffentlichen Amt zu ziehen. Weil die Versuchung dazu stark ist, müssen Demokratien die Interessenkonflikte ihrer Führungskräfte kontrollieren. Früher insistierten US-Institutionen auf entsprechende Regeln, aber unter Trump versagen sie oft. Das schlimmste Beispiel war vermutlich, dass der Supreme Court 2024 entschied, Präsident*innen genossen für jegliches Amtshandeln Straffreiheit.

Ein aktuelleres Beispiel ist, dass der republikanisch beherrschte Senat die Berufung von Trumps privatem Anwalt Todd Blanche zum Justizminister bestätigte. Dieses Amt ist eigentlich dazu da, Rechtsstaatlichkeit unabhängig von Weisungen des Weißen Hauses zu sichern. Blanches Priorität ist aber offensichtlich, dem Präsidenten zu gefallen.

Fraglich ist, ob die US-Öffentlichkeit die Korruption auf Dauer duldet. In Georgia hat Senator John Ossoff, der sein Amt behalten will, sie zum Hauptthema seines Wahlkampfes gemacht. Gute Umfragewerte zeigen, dass die Botschaft ankommt. Anderen demokratischen Kandidat*innen ist das aufgefallen – und das kann ihnen landesweit bei den Kongresswahlen nutzen.



HANS DEMBOWSKI

ist ehemaliger Chefredakteur von E+Z.

dembowski@posteo.de

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

67. Jg. 2026

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29. Oktober 2026 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos, Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Juja (AN), Ronald Sseguija Ssekandi, Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Anabell Krebs, Fridolin Kandel

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.



In Khartoum sind an verschiedenen Orten auf Straßenbuchmessen Bücher zum Verkauf ausgestellt.

KONFLIKT

Khartoum: Eine Stadt sammelt die Scherben auf

Während sich Sudans Hauptstadt langsam davon erholt, zwei Jahre lang Schauplatz eines Krieges gewesen zu sein, beleben lokale Buchmessen und Radsportvereine das tägliche Leben auf den Straßen von Khartoum. Die Stadtforschung warnt davor, dass der Staat diese Dynamik aus der Bevölkerung nicht als Ersatz für einen echten Wiederaufbau betrachten sollte.

VON AUNNAB ALMAN

Im September 2025, nachdem die sudanesischen Streitkräfte (Sudanese Armed Forces, SAF) nach dem Rückzug der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) fünf Monate zuvor die Kontrolle über die Stadt zurückerobert hatten, kehrte Osama Elayah in die Sayyid-Abdul-Rahman-Straße im Zentrum von Khartum zurück. Die Hauptstadt hatte nichts mehr mit der Stadt gemein, die er zwei Jahre zuvor bei Ausbruch des Krieges verlassen hatte. Sie war nun von Zerstörung und Stille umhüllt, ihr übliches geschäftiges Treiben verschwunden.

Elayah ist der Besitzer der Bibliothek und des Verlags „Dar Al Musawarat“. Er fand die Türen seiner Buchhandlung weit offen vor. Sie war zwar weder geplündert noch niedergebrannt worden, doch die Vernachlässigung hatte ihre Spuren hinterlassen: Dicker Staub bedeckte die auf dem Boden verstreuten Bücher, und zwischen den Regalen waren kleine Bäume gewachsen. „Ich kam, sobald das Gebiet befreit war“, sagt er. „Als Erstes habe ich die Bibliothek mit Hilfe von zwei Freunden aufgeräumt.“

Die Wiedereröffnung der Bibliothek brachte die Kundenschaft nicht sofort zurück. Elayah öffnete die Bibliothek bis Anfang 2026 an drei Tagen in der Woche, hatte jedoch nur

wenige Kund*innen. Anstatt abzuwarten, stellte er Bücher auf den Bürgersteig und verkaufte sie – mit Hilfe einiger junger Freiwilliger – im Rahmen der „Mafroush“-Straßemessen zu reduzierten Preisen. Bis zum Jahresende hatten die Gebrauchtbuchmessen Besucher*innen und andere kleine Buchhandlungen angezogen.

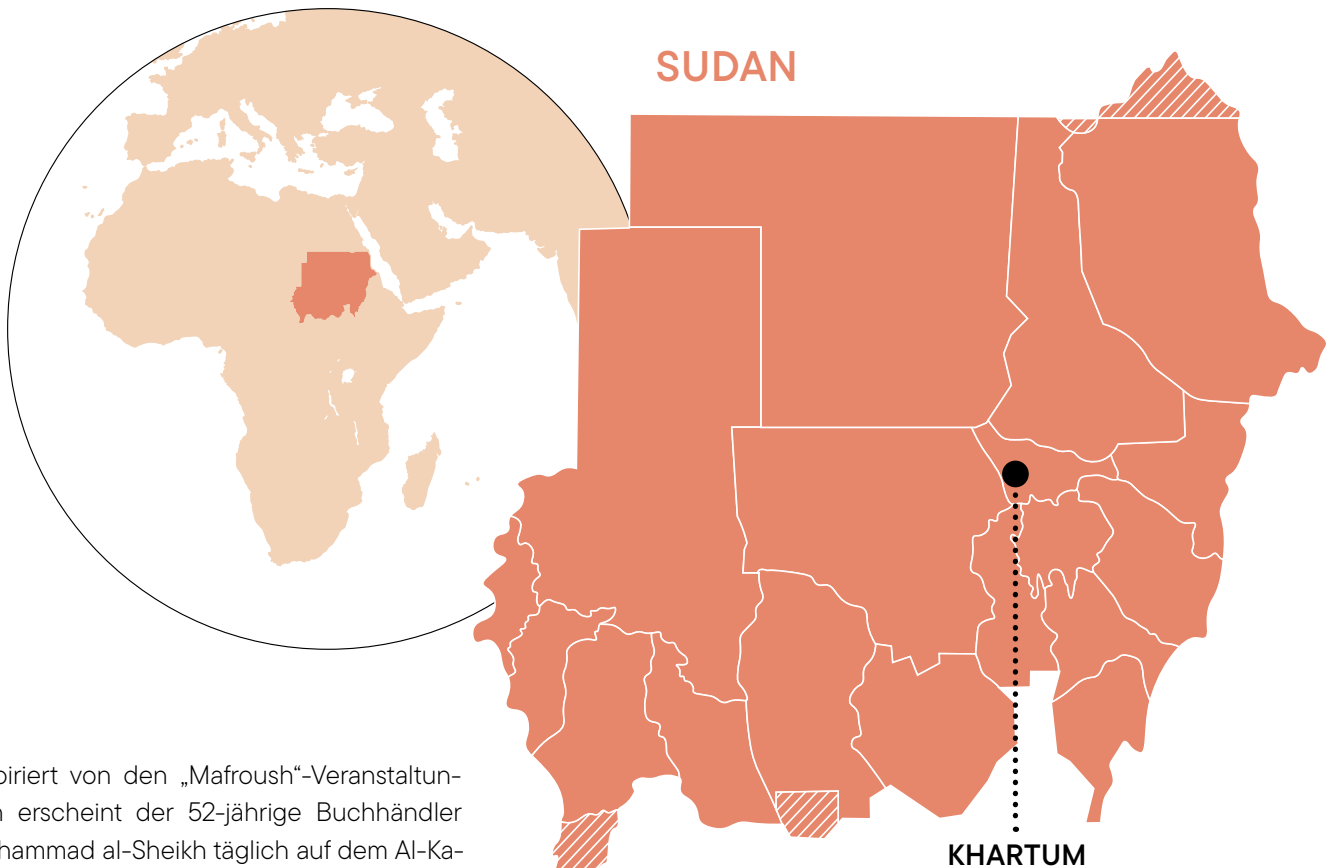
Die 30-jährige Mawada al-Tom ist eine regelmäßige Besucherin. Sie erzählt, dass die Messen vor dem Krieg Teil ihres kulturellen Lebens waren. „Der Krieg hat meine Beziehung zu Büchern verändert: Zunächst war es Neugier, dann wurden Bücher zu einer Flucht, dann zu einem Hauch frischer Luft, dann zu Freunden und schließlich zu einem Zufluchtsort“, sagt sie. „Ich sah die Buchmessen als eine Rose, die inmitten der Trümmer sprießte.“

„Diese Initiativen werden einer Stadt von der Größe Khartums noch keinen Aufschwung ermöglichen.“

Foto: Annab Alman



Die Al-Musawarat-Bibliothek und der Al-Musawarat-Verlag, eine Buchhandlung und ein Kulturzentrum in Khartum.



Inspiziert von den „Mafroush“-Veranstaltungen erscheint der 52-jährige Buchhändler Muhammad al-Sheikh täglich auf dem Al-Kalakla-Al-Lafa-Markt im Süden von Khartum, um dort seine Bücher über Philosophie, Literatur und Geschichte auf dem Boden auszustellen – trotz rückläufiger Verkaufszahlen. „Die Leute fragen nach Büchern, aber ich verkaufe nicht jeden Tag etwas“, sagt er. „Trotzdem komme ich jeden Tag, auch wenn niemand ein Buch bei mir kauft.“

Bis Mitte 2026 hatte sich die Mafroush-Buchmesse-Initiative auf alle drei Städte der dreiteiligen Metropolregion Khartum ausgeweitet – Khartum selbst, Omdurman und Khartum-Nord (Bahri). In Zusammenarbeit mit Buchhandlungen wie Nirvana und Opal wurde die Initiative zudem auf weitere sudanesishe Städte wie Port Sudan, Atbara und Kosti ausgeweitet.

MIT DEM FAHRRAD DEN ÖFFENTLICHEN RAUM ZURÜCKEROBERN

Zivilgesellschaftliche Gruppen beleben die Stadt zudem auf zwei Rädern neu. Radsportvereine wie der „Sudanese Amateur Cyclist Club“ gab es bereits vor dem Krieg, doch als die Kämpfe ausbrachen, zerstreuten sich die Mitglieder, und ihre Fahrräder wurden zerstört.

Ahmed Al-Murad, 34, kehrte nach Khartum zurück, sobald die Armee die Kontrolle wiedererlangt hatte. Das Mitglied der Radsport-Nationalmannschaft der Männer beschloss gemeinsam mit einem Teamkollegen, nicht auf institutionelle Unterstützung zu warten. Sie besorgten sich Fahrräder und organisierten Trainingseinheiten, zunächst mit 40- bis 60-Kilometer-Strecken durch Khartum, die sie dann in

Abstimmung mit den lokalen Behörden auf 80- bis 120-Kilometer-Touren ausweiteten. Als die Touren in der Hauptstadt an Bedeutung gewannen, begann die Gruppe auch damit, die verschiedenen Radsportvereine der Stadt wieder zusammenzubringen.

Islam Al-Sadiq wurde im August bei den nationalen Qualifikationsrennen für die Frauen-Nationalmannschaft ausgewählt. Für die 26-Jährige war die Rückkehr zu ihrem Sport jedoch schwierig. „Die Straßen waren in einem furchtbaren Zustand und es herrschte keine Sicherheit, ganz zu schweigen vom Diebstahl professioneller Fahrräder und dem daraus resultierenden Preisanstieg“, sagt sie. Außerdem sieht sie sich nach wie vor gesellschaftlichem Widerstand gegenüber, wenn Frauen in der Öffentlichkeit Rad fahren. „Aber meine Beharrlichkeit und die meiner Teamkolleginnen führten dazu, dass Rennen organisiert und neue Mitglieder gewonnen wurden, was dazu beitrug, die gesellschaftliche Akzeptanz für Frauen in diesem Sport etwas zu steigern.“ Sie sieht das Radfahren als eine Möglichkeit für Frauen, ihre Präsenz auf der Straße zurückzugewinnen.

DIE ENTSTEHUNG EINER NEUEN STADT

Der Stadtforscher Hassan Al-Nasser dokumentiert den Wandel Khartums nach dem Krieg in einem Buch und in einer Reihe von Diskussionen auf der sudanesischen Kulturplattform „The Muse multi studios“. Er argumentiert, dass es bei den aktuellen Entwicklungen in der Stadt nicht ein-



Radfahrer*innen nehmen an der Khartoum-Tour teil, einer Radsportveranstaltung, die im Juni 2026 stattfand.

fach darum geht, dass Khartum seine frühere Gestalt wiedererlangt. „In Khartum entsteht gerade eine ‚neue Stadt‘, die aus den Trümmern hervorgeht und andere geographische und soziale Schwerpunkte aufweist als jene, die die Stadt vor dem Krieg geprägt haben“, sagt er.

Er beschreibt Buchmessen und Radsportvereine nicht nur als Freizeitaktivitäten, sondern als „wichtige Netzwerke der Wiederbelebung“, die die sozialen Grenzen von Orten neu definieren, die während des Krieges zerfallen waren. Al-Nasser warnt jedoch davor, diesen Aufschwung bürgerschaftlichen Engagements als Ersatz für staatliche Verantwortung zu betrachten: „Es besteht die reale Gefahr, dass die Behörden dies als selbstverständlich ansehen und sich ihrer eigentlichen Verantwortung entziehen, indem sie zulassen, dass gemeinschaftliche Solidarität an die Stelle offizieller Planung tritt.“ Der Betrieb von Wasser- und Stromnetzen, die Instandsetzung der Infrastruktur und die Planung einer langfristigen Stadtentwicklung, betont er, seien nach wie vor Aufgaben, die keine ehrenamtliche Initiative allein schultern könne.

Diese Initiativen werden einer Stadt von der Größe Khartums also noch keinen Aufschwung ermöglichen. Was sie jedoch bewirken können, ist, Teile des Alltagslebens wiederherzustellen und lokale Netzwerke zu schaffen, auf denen der offizielle Wiederaufbau aufbauen könnte. Eine Bib-

liothek, die ihre Türen wieder öffnet, ein Buchhändler, der jeden Tag auf den Bürgersteig zurückkehrt, unabhängig vom Umsatz, ein Radsportverein, der seine Reihen neu ordnet – all dies sind zwar keine Lösungen an sich, aber dennoch sehr wichtige erste Schritte.

Khartum macht sich an den Wiederaufbau. Trotz des verheerenden Krieges, der zu einer der schlimmsten Vertreibungskrisen der jüngeren Geschichte geführt hat und in anderen Teilen des Landes nach wie vor tobt, bietet dies eine Chance – vorausgesetzt, dass bei der offiziellen Planung das Wissen berücksichtigt wird, das die Bewohner*innen über ihre eigenen Stadtviertel und ihre Bedürfnisse gesammelt haben.

Dieser Artikel wurde in Zusammenarbeit mit Egab veröffentlicht.



AUNNAB ALMAN

ist eine in Sudan ansässige freiberufliche Autorin, Forscherin und Journalistin.

aunnabelman@gmail.com

ERNEUERBARE ENERGIE

Indigene Proteste gegen Projekte auf Indonesiens „Geothermie-Insel“

Auf der indonesischen Vulkaninsel Flores treibt ein staatlicher Konzern im Namen der Klimaneutralität umstrittene Geothermie-Projekte voran. Die dort lebenden Indigenen Gruppen protestieren dafür, besser eingebunden zu werden – und die KfW hat ihre Finanzierung nach Kritik ausgesetzt.

VON GARRY LOTULUNG



Das Geothermie-Kraftwerk Ulumbu im Dorf Wewo in der Provinz Ost-Nusa-Tenggara, Indonesien.

Foto: Garry Lotulung

In Mataloko, einem Dorf auf der indonesischen Insel Flores in der Provinz Ost-Nusa-Tenggara, quillt dünner Rauch aus Rissen im Boden. Der stechende, an faule Eier erinnernde Gestank von Schwefelwasserstoff verfängt sich im Hals. Unter dem Blätterdach der Bäume und zwischen den Überresten alter Plantagen blicken die Dorfbewohner*innen auf ein Land, das mehr und mehr unbewohnbar geworden ist.

Die indonesische Regierung hat die Vulkaninsel Flores als Zentrum für die Zukunft der Nutzung von erneuerbaren Energien ausgemacht und sie 2017 offiziell zur „Geothermie-Insel“ erklärt. Doch für die hier lebenden Indigenen Gemeinschaften – darunter die Mataloko, die Wae Sano und die Poco Leok – markiert der Übergang zu erneuerbaren Energien den Beginn eines tiefgreifenden Verlusts ihrer Lebensweise.

Die Vorbehalte hinsichtlich der Geothermie auf Flores sind nicht neu. Schon vor dreißig Jahren wurde in Mataloko das erste Kraftwerk errichtet, doch es scheiterte und war nur kurz in Betrieb. Ein Überbleibsel dieses Kraftwerks ist bis heute zu sehen: ein verlassenes, umzäuntes Bohrloch, versehen mit einem Totenkopf-Warnschild. Es ist zwar versiegelt, aber immer noch entweicht giftiger Dampf.

Die Umwelt vor Ort hat sich unwiederbringlich verändert. Der Bach, der hier einst floss, ist verschwunden – stattdessen sprudelt kochender Schlamm aus der Erde. Die nahegelegenen Felder liegen brach; nichts wächst mehr. Die Wellblechdächer der Häuser, die eigentlich zwei Jahrzehnte halten sollten, rosten binnen weniger Monate durch – ein Verfall, den die Bewohner*innen auf die permanenten Schwefelwasserstoffemissionen zurückführen. Sie berichten zudem von chronischen Hautreizungen und Atembeschwerden, bekannten Nebenwirkungen des Gases.

„Früher war der Boden fruchtbar, die Ernte gut“, sagt Dorfbewohnerin Augustina Kigo, die vor ihrer Hütte sitzt. „Aber seit hier angefangen wurde zu bohren, ist das vorbei.“

DER ÖKOLOGISCHE WANDEL UND DER „RING OF FIRE“

Geothermie wird meist als nachhaltige, stets verfügbare Alternative zu fossilen Brennstoffen gepriesen. Wegen seiner geografischen Lage am pazifischen „Ring of Fire“ ist Indonesien dafür geradezu prädestiniert: Das Land verfügt über ein geschätztes Potenzial von mehr als 23 Gigawatt. Da sich das Land dazu verpflichtet hat, bis spätestens zum Jahr 2060 CO₂-neutral zu sein, spielt Flores eine zentrale Rolle. Die Regierung investiert massiv in die Insel. Fachleute warnen jedoch davor, dass besondere und ernsthafte Risiken bestehen, wenn man Geothermie auf kleinen, hochaktiven Vulkaninseln wie Flores erschließt.

Surya Dharma, Leiter des Indonesia Center for Renewable Energy Studies (ICRES), weist darauf hin, dass Flores schon allein durch seine geografische Lage sehr anfällig für seismische Aktivitäten ist. „Bei der geothermischen Nutzung sollten Gebiete mit hohem Katastrophenrisiko vermieden werden, da geothermische Aktivitäten das Risiko von Erdbeben erhöhen, besonders durch die Rückführung von Flüssigkeiten in die Erdkruste“, sagt er. Er betont, wie notwendig umfassende geologische Risikobewertungen und sichere Injektionstechnologien sind.

WIDERSTAND IN DEN DÖRFERN

Im Dorf Lungar, im Schatten des Vulkans Poco Leok, führen Frauen den Widerstand gegen den Ausbau der Energiegewinnung an. Das nahegelegene Geothermie-Kraftwerk Ulumbu, das dem staatlichen Stromversorger PLN gehört und 2011 eingeweiht wurde, plant seine Leistung von zehn auf 40 Megawatt zu steigern. Dafür sind 60 neue Bohrstandorte vorgesehen, verteilt auf 13 Weiler.

Die Kaffee- und Nelkenbäuerin Elisabeth Lahus ist eine der Wortführerinnen der Proteste. „Tana hitu ende dami“, sagt sie auf Manggarai, ihrer traditionellen Sprache – „das Land ist unsere Mutter“. Ihre Gemeinschaft sieht es als das Erbe der Vorfahren.

„Der Schaden entsteht nicht nur dort, wo gebohrt wird“, sagt Lahus. „Er kann auch 500 Meter weit entfernte Orte betreffen. Es entsteht Rauch. Das Geräusch von sprudelndem, kochendem Wasser erfüllt die Luft. Die negativen Auswirkungen der Geothermie werden uns alle gefährden.“

Viele der Anwohner*innen leben in einfachen Holzhütten und betreiben Subsistenzwirtschaft. Die Anlage werde rasend schnell ausgebaut, berichten sie. Zudem bemängeln sie, es habe zu wenig Beratung gegeben und das Projekt verstoße gegen den UN-Grundsatz, der die freie, vorherige und informierte Zustimmung Indigener Völker vorschreibt.

DIE KIRCHE MISCHT SICH EIN

Vor einiger Zeit haben die wachsenden Unruhen einen mächtigen Verbündeten gewonnen. Im Januar 2025 lehnten die Verantwortlichen der katholischen Kirche auf Flores unter Leitung von Erzbischof Paulus Budi Kleden die Geothermie-Projekte öffentlich ab. Die Region ist überwiegend katholisch, und die Haltung der Kirche löste lokale Proteste aus. Kritiker*innen, die zuvor geschwiegen hatten, fühlten sich dazu veranlasst, sich zu Wort zu melden.

Erzbischof Kleden erklärte, die Kirche sei zu dieser Entscheidung gekommen, nachdem die betroffenen Gemeinden aus erster Hand berichtet hatten. „Geothermie kann sehr gut sein, wie sich andernorts gezeigt hat. Aber für Flores ist sie

keine Option“, sagte er. Dabei verwies er auf die steile, für Katastrophen anfällige Topografie der Insel sowie darauf, dass lebenswichtige landwirtschaftliche Flächen und Wasserquellen gefährdet würden. Er fügte hinzu, dass Kultur und Identität der Gemeinden, die eng mit ihrem Land und der Landwirtschaft verbunden sind, bedroht seien.

Die zivilgesellschaftliche Organisation „Coalition for Human Rights in Development“ (Koalition für Menschenrechte im Entwicklungskontext) hat die Rolle der deutschen Entwicklungsbank KfW in dieser Sache kritisiert. Sie führt an, die KfW habe durch die Unterzeichnung eines Darlehensvertrags zur Finanzierung des Ausbaus des Geothermie-Kraftwerks Ulumbu im Jahr 2018 ein Projekt unterstützt, in dessen Rahmen beispielsweise Anwohner*innen, die sich gegen die Besetzung ihres Landes wehrten, angegriffen und geschlagen worden seien. Die Koalition erklärte, der Landbeschaffungsprozess garantiere nicht die Beteiligung der lokalen Gemeinschaften und achte deren kollektive Rechte nicht.

In einer im Dezember 2025 veröffentlichten Erklärung teilte die KfW mit, sie habe eine unabhängige Expertenprüfung dazu in Auftrag gegeben. Diese sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anforderungen der einschlägigen FPIC-Stan-

dards (freie, vorherige und informierte Zustimmung) nicht ausreichend eingehalten worden seien. Die KfW gab an, sie habe Maßnahmen zur Verbesserung der Informations- und Zustimmungsprozesse mit den betroffenen Gemeinden empfohlen und die Finanzierung für geplante Infrastrukturmaßnahmen im Ulumbu-Projekt seit Ende 2024 ausgesetzt.

Trotzdem ragen die Bohrinseln weiterhin bedrohlich empor, und die Zukunft der Indigenen Gemeinschaften von Poco Leok, Wae Sano und Mataloko bleibt ungewiss. Das Versprechen einer Wende hin zu sauberer Energie hat dafür gesorgt, dass ihr Leben vorerst zum Stillstand gekommen ist. Für die Dorfbewohner*innen eine bittere Ironie: Sie sollen ihr Land, ihre Gesundheit und ihr kulturelles Erbe opfern, damit weit entfernte Städte ihr Licht auf „nachhaltige“ Weise leuchten lassen können.



GARRY LOTULUNG

ist ein freier Fotojournalist und Dokumentar fotograf in Jakarta, Indonesien. Er hat sich auf Reportagen über die Lebensumstände der Menschen, sozialen Wandel und Umweltkrisen spezialisiert.

garrylotulung@gmail.com

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.



ARBEIT

Sie liefern Essen, doch hungern selbst

*Indiens Essenslieferant*innen verbringen ihre Tage damit, Mahlzeiten von den Restaurantküchen zu den Haustüren der Kundschaft zu bringen. Doch viele können es sich nicht leisten, lange genug anzuhalten, um selbst etwas zu essen.*

VON RISHABH JAIN



Foto: picture alliance / NurPhoto / Debajyoti Chakrabortya

Bei Wind und Wetter im Einsatz: ein Zomato-Lieferant in Kalkutta.

Anjani Kumar aus Delhi, 26, Vater von zwei Kindern, arbeitet von etwa neun Uhr morgens bis 22 Uhr abends und bezeichnet diese Arbeitszeit als Routine. Wie viel er isst, hängt davon ab, wie viel er verdient. „Manchmal ist unser Tagesverdienst so gering, dass ich nur einmal essen kann. Zweimal zu essen würde bedeuten, dass weniger Geld für meine Familie übrig bleibt“, sagt er. Wenn eine Bestellung storniert wird, isst er sie selbst, sagt er – aber das kommt selten vor.

Indiens Gig- und Plattformwirtschaft ist mit außergewöhnlicher Geschwindigkeit gewachsen. NITI Aayog, der politische Thinktank der Regierung, schätzte in einem Bericht aus dem Jahr 2022, dass die Zahl der Gig-Arbeitnehmer*innen im Jahr 2024/25 bei rund 10 Millionen liegen und sich bis 2029/30 auf 23,5 Millionen mehr als verdoppeln würde. Die Lieferdienste für Lebensmittel, die von den Quick-Commerce-Plattformen Swiggy und Zomato dominiert werden, sind eines der größten Segmente des Sektors und Teil eines Online-Marktes, der im Jahr 2024 einen Wert von über 43 Milliarden Dollar haben wird und jährlich um mehr als 20 % wächst.

„Eine an Geschwindigkeit und Fahrleistung gekoppelte Bezahlung bietet den Fahrer*innen kaum Anreize, Pausen einzulegen.“

Die Fahrer*innen werden als „Lieferpartner“ und nicht als Angestellte eingestuft – eine Unterscheidung, durch die sie vom indischen Arbeitsrecht ausgenommen sind. Sie erhalten weder ein festes Gehalt noch bezahlten Urlaub, eine Krankenversicherung oder eine Verpflegungspauschale. Ihr Verdienst hängt von der Anzahl der erledigten Lieferungen sowie von Bewertungen ab, die sich nach der Pünktlichkeit der Fahrer*innen und der Kundenzufriedenheit richten. Eine halbe Stunde Leerlauf – sei es beim Mittagessen oder beim Warten aufgrund einer Verzögerung – kann das Rating im Algorithmus der Plattform verschlechtern und zukünftige Aufträge gefährden.

Eine einzelne Mahlzeit, die über eine Liefer-App in einer Stadt wie Delhi bestellt wird, kostet häufig mehr als ein*e Lieferant*in in einer Arbeitsstunde verdient. Lieferfahrer*in-

nen, die während der Arbeit essen, greifen oft auf billige Fertiggerichte zurück, während der Druck, während der Stoßzeiten verfügbar zu bleiben, ihre regelmäßigen Essgewohnheiten stören kann. Im Rahmen einer Studie aus dem Jahr 2025 unter 425 App-basierten Essenslieferant*innen in Tamil Nadu gaben 66,8 % an, während der Arbeit Mahlzeiten auszulassen, während 63,3 % über Dehydrierung klagten. Eine separate qualitative Studie unter Lieferfahrer*innen in indischen Städten dokumentierte den eingeschränkten Zugang zu grundlegenden Einrichtungen wie Wasser und Toiletten.

Auch lange Schichten, wie sie Anjani Kumar absolviert, sind typisch. Eine Studie aus dem Jahr 2025 unter 255 Plattformarbeiter*innen – deren Beschäftigung auf Online-Apps oder digitalen Plattformen basiert – in Tamil Nadu ergab, dass mehr als 45 % der Befragten über zehn Stunden am Tag arbeiteten und die meisten etwa vier bis zehn Dollar pro Tag verdienten, vor Abzug von Plattformprovisionen, Kraftstoffkosten, Fahrzeugwartung und anderen Ausgaben. Dies wird auf die Gestaltung der Plattformen zurückgeführt: Eine an Geschwindigkeit und Fahrleistung gekoppelte Bezahlung bietet den Fahrer*innen kaum Anreize, Pausen einzulegen, da jede unbezahlte Minute abseits der Straße eine Minute an entgangenem Einkommen bedeutet.

EINE BERUFSGRUPPE OHNE SICHERHEITSNETZ – BIS JETZT

Jahrelang gab es in Indien überhaupt keine rechtliche Kategorie für Gig- und Plattformarbeiter*innen. Das änderte sich mit dem Sozialversicherungsgesetz von 2020, einem von vier Arbeitsgesetzen, die Dutzende älterer Gesetze zusammenfassen. Das Gesetz definiert erstmals offiziell die Begriffe „Gig-Arbeiter*in“ und „Plattformarbeiter*in“ und richtet einen Sozialversicherungsfonds ein, der teilweise durch Beiträge von Unternehmen wie Swiggy, Zomato und Uber finanziert wird, um Leistungen wie Unfallversicherung, Krankenversicherung, Mutterschaftsgeld und Alterssicherung zu finanzieren.

Der Kodex trat nach jahrelangen Verzögerungen im November 2025 in Kraft, doch die Umsetzung verläuft nach wie vor uneinheitlich. Bis Mitte 2026 hatten die meisten indischen Bundesstaaten Vorschriften erlassen, in denen detailliert festgelegt wurde, wie mindestens einer der vier Kodizes umgesetzt werden soll, obwohl noch immer kein nationaler Starttermin festgelegt wurde. Bereits vor Inkrafttreten des Kodex registrierte die Regierung Gig- und Plattformarbeiter*innen über ihr e-Shram-Portal, um ihnen den Anspruch auf künftige Sozialleistungen zu sichern. Bis August 2025 hatten dies landesweit nur etwa 337.000 Gig- und Plattformarbeiter*innen getan – ein kleiner Bruchteil der geschätzten Erwerbsbevölkerung. Die Beitragssätze

für Plattformunternehmen und die Ausgestaltung der Leistungssysteme werden derzeit endgültig festgelegt.

Einige Bundesstaaten sind schneller vorgegangen als die Zentralregierung. Rajasthan verabschiedete 2023 das landesweit erste Gesetz speziell zum Schutz von Gig-Arbeiter*innen, Karnataka folgte mit einer eigenen Gesetzgebung, und Tamil Nadu hat einen Ausschuss zum Schutz plattformbasierter Gig-Arbeiter*innen eingerichtet. Keines dieser Rahmenwerke – weder auf Bundesstaats- noch auf Zentralerbene – befasst sich direkt mit Essenspausen oder der Ernährung während der Schicht. Die Sozialversicherung in ihrer derzeitigen Form versichert Arbeitnehmer*innen gegen Unfälle und Krankheit; sie befasst sich noch nicht mit der alltäglichen Frage, ob ein*e Lieferfahrer*in zwischen neun Uhr morgens und Geschäftsschluss etwas isst, und sie geht auch nicht auf die Algorithmen und Bewertungssysteme hinter den Unternehmen ein, die die Arbeitnehmer*innen dazu zwingen, jede Minute optimal zu nutzen.

„Eine einzelne Mahlzeit,
die über eine Liefer-App
in einer Stadt wie Delhi
bestellt wird, kostet häufig
mehr als ein*e Lieferant*in
in einer Arbeitsstunde
verdient.“

Diese Kluft ist den Beschäftigten nicht entgangen. Am Silvesterabend 2025 traten schätzungsweise 200.000 Gig-Arbeiter*innen in ganz Indien in den Streik und forderten garantierte Mindesteinkünfte sowie eine Rücknahme der extrem kurzen 10-Minuten-Lieferziele, die den Fahrer*innen noch weniger Zeit für Pausen lassen. Die Regierung forderte daraufhin die E-Commerce-Plattformen auf, das 10-Minuten-Modell zurückzufahren, doch die Praxis wurde noch nicht vollständig abgeschafft.

Dharmendra Kumar, Gründungssekretär der Arbeitnehmerrechtsgruppe Janpahal, hat öffentlich argumentiert, dass Hitzewellen offiziell als Katastrophen eingestuft werden sollten und dass Lieferfahrer*innen ein „Recht auf Abkühlung“ hätten: Ihnen sollten kürzere Anmeldezeiten, garantierte Ruhepausen und schattige Ruhebereiche gewährt werden – all dies gibt es derzeit selbst in den kleinen Lagerhäusern der Plattformen nicht. Grundlegende

Vorkehrungen wie Trinkwasser, orale Rehydratationssalze und gut belüftete Räume zum Ausruhen, so erklärte er gegenüber indischen Medien, würden die Plattformen kaum etwas kosten, aber die täglichen Arbeitsbedingungen der Fahrer*innen erheblich verbessern.

Plattformunternehmen verweisen auf Unfallversicherungen und in einigen Fällen auf subventionierte Verpflegungsprogramme als Beweis für Fortschritte. Arbeitnehmervertretungen halten dem entgegen, dass solche Maßnahmen weiterhin freiwillig sind und uneinheitlich angewendet werden.

Der Boom bei den Essenslieferdiensten in Indien hat dafür gesorgt, dass Restaurantmahlzeiten für Millionen von Haushalten in den Städten innerhalb weniger Minuten verfügbar sind. Dies wurde durch den Aufbau einer Belegschaft erreicht, deren eigene Ernährungssicherheit davon abhängt, wie schnell sie von einer Bestellung zur nächsten gelangen kann. Wenn der Kodex zur sozialen Sicherheit in den kommenden Jahren eingeführt wird, wird sich zeigen, ob seine Bestimmungen – die noch ausgearbeitet werden – weit genug reichen, um etwas so Grundlegendes wie das Recht auf eine Essenspause einzubeziehen.



RISHABH JAIN

ist freiberuflicher Journalist und Dokumentarfilmer und befasst sich mit Themen wie Klimawandel, Gesundheit, Menschenrechte und Migration.

rish.jain8899@gmail.com



KLIMAWANDEL

Wie sich ein Dorf in Malawi gegen Überschwemmungen wappnet

*Nach wiederholten Überschwemmungen haben Dorfbewohner*innen im Süden Malawis Bäume gepflanzt und einen Deich gebaut. Ihre Häuser sind nun besser vor Hochwasser geschützt. Der Ansatz ist zum Vorbild für die Katastrophenvorsorge im ganzen Land geworden.*

VON CHARLES PENSULO

Unter dem dichten Blätterdach des von Menschenhand angelegten Waldes im Distrikt Chikwawa im Süden Malawis zeigt Luis Kudzala auf das trockene Bett des Mikalango-Flusses. In der Regenzeit, sagt er, könne derselbe Fluss plötzlich stark anschwellen und nahe gelegene Häuser überfluten.

Kudzala kennt Katastrophen nur zu gut. Er lebt in Nsomo, einem Dorf am Ufer des Mikalango. Immer wieder wurde sein Distrikt von Überschwemmungen heimgesucht, wenn

Zyklone wie Idai, Ana und Freddy über den Süden Malawis hinwegzogen und schwere Verwüstungen hinterließen. Kudzala erinnert sich noch gut an die Folgen der tagelangen heftigen Regenfälle durch Zyklon Freddy im Jahr 2023: „Häuser wurden zerstört, Rinder und Ziegen wurden flussabwärts fortgespült, und auch Haushaltsgegenstände landeten im Shire-Fluss.“ Der Shire fließt etwa drei Kilometer außerhalb des Dorfes. Einige Familien kauften später mit Unterstützung von Hilfsorganisationen etwas Wellblech und bauten ihre Häuser wieder auf.

Nach mehreren schweren Überschwemmungen beschloss die Dorfgemeinschaft dann, nicht länger untätig auf die nächste Katastrophe zu warten – auch, weil sie infolge des Klimawandels künftig wohl noch heftiger ausfallen dürfte. „Wir haben uns zusammengesetzt, um herauszufinden, was die Hauptursache für die Schäden war und was wir dagegen tun könnten“, sagt Kudzala. „Dabei wurde uns klar, dass ein Grund ein Mangel an Bäumen war.“ Im Jahr 2013 begannen die Dorfbewohner*innen deshalb, Bäume in der Nähe des Flussufers zu pflanzen. Was als kleine lokale Initiative begonnen hat, ist inzwischen zu einem Wald aus Neem- und Lebbekbäumen sowie weiteren Baumarten herangewachsen.

EIN DEICH GEGEN DAS HOCHWASSER

Doch die Bäume sind nur ein Teil des Plans. Die Dorfbewohner*innen haben außerdem begonnen, das Ufer des Mikalango mit einem Deich zu verstärken. Er soll verhindern, dass das Hochwasser ihre Häuser erreicht. „Das Programm Ubale hat uns ab dem Jahr 2015 unterstützt, indem es uns Mais, Mehl und Speiseöl zur Verfügung gestellt hat“, sagt Kudzala. „Zu diesem Zeitpunkt hatten wir bereits 12.000 Bäume gepflanzt.“

Später kamen weitere Organisationen hinzu. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen Eagles Malawi und Concern Worldwide haben die Gemeinde ebenfalls bei der Katastrophenvorsorge unterstützt, und die gemeinnützige Organisation GiveDirectly half Familien, die durch Zyklon Freddy ihre Habseligkeiten verloren hatten, mit bedingungslosen Geldzahlungen.

Als sich Anfang dieses Jahres erneut heftige Regenfälle über die Region ergossen, habe die Situation schon anders ausgesehen, sagt Kudzala: Die Bäume und der Deich hätten verhindert, dass das Hochwasser die nahe gelegenen Häuser erreicht. „Ohne den Deich würden wir jetzt wohl darüber sprechen, wie viele Häuser zerstört worden sind“, sagt er. „Aber der Deich brachte Entlastung, auch wenn wir noch nicht das gesamte Flussufer befestigt haben.“

Der Ansatz hat sich inzwischen auch über Nsomo hinaus verbreitet. Kudzala berichtet, dass das Dorf Setzlinge an benachbarte Gemeinden weitergegeben habe, die daraufhin ähnliche Wälder angelegt hätten.

Auch Malawis Katastrophenschutzbehörde hat Gemeinden dazu ermutigt, eine größere Rolle bei der Vorsorge zu übernehmen. Der frühere Sprecher Chipiliro Khamula erklärte, von Gemeinden errichtete Deiche ergänzten gut die staatlichen Bemühungen zur Verringerung von Katastrophenrisiken. „Es ist höchste Zeit, dass Gemeinden, ob sie nun als besonders gefährdet gelten oder nicht, eine aktive

Rolle bei allen Maßnahmen übernehmen, die ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen verbessern sollen“, sagte er.

GEMEINDEN ÜBERNEHMEN DIE FÜHRUNG

Auch externe Organisationen unterstützen mittlerweile die lokalen Hochwasserschutzmaßnahmen. Concern Worldwide etwa hat die Katastrophenvorsorge in der Region unterstützt und unter anderem ein gemeindebasiertes Hochwassermanagement und andere naturbasierte Lösungen etabliert, wie Ernest Kambiya, Programmreferent für Monitoring und Evaluierung bei Concern Worldwide, berichtet. Ziel sei es, Gemeinden in die Lage zu versetzen, vorausschauend und eigenständig zu handeln, erklärt Kambiya. „Bei der Vorsorge konzentrieren wir uns unter anderem auf eine lokale Finanzierung. Wir wollen zeigen, dass Gemeinden selbst die Führung übernehmen können, wenn man dafür die nötigen Voraussetzungen schafft.“

Ähnliche Hochwasserschutzprojekte gibt es entlang des Milore-Flusses im Süden Malawis. Ein weiterer Deich ist am North Rukuru River in der Stadt Karonga geplant. Für Luis Kudzala im Dorf Nsomo ist der Erfolg des Ansatzes bereits direkt am Mikalango-Fluss sichtbar – in Gestalt des Waldes, den die Dorfgemeinschaft selbst gepflanzt hat, und des Deichs, der auch bei der nächsten Regenzeit helfen soll, das Wasser von den Häusern fernzuhalten.



CHARLES PENSULO

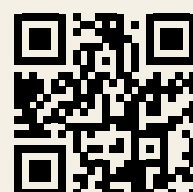
ist freiberuflicher Journalist in Lilongwe, Malawi.

charlespensulo@gmail.com



E+Z in der App lesen!

Mit unserer übersichtlichen App
haben Sie E+Z immer zur Hand.



Drogen, Armut, Ausweglosigkeit



Der Kampf gegen Drogen braucht Entwicklungspolitik

Immer mehr Menschen weltweit konsumieren Drogen, und immer mehr sterben daran. Das Problem lässt sich allein mit sicherheitspolitischen Mitteln nicht lösen.

Ein Schnellboot pflügt durch das Wasser, gefilmt von oben in schwarz-weiß. Plötzlich blitzt es hell, danach ist nur noch grauer Rauch zu sehen. Das Video des US-Militärs vom September soll die Zerstörung eines Boots zeigen, mit dem angeblich in der Karibik Drogen geschmuggelt wurden. Vier Menschen sollen getötet worden sein. Dass Menschenrechtsorganisationen solche Aktionen als außergerichtliche Tötungen kritisieren, lässt die Trump-Regierung kalt. Sie will medienwirksam zeigen: Wir tun etwas.

Dass etwas getan werden muss, steht außer Frage. Die Zahl der Drogenkonsument*innen weltweit stieg zuletzt deutlich: binnen zehn Jahren um gut ein Drittel auf 331 Millionen, wie das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung berichtet. Immer mehr Menschen sterben durch Drogen, derzeit knapp 500.000 pro Jahr. Die verlorenen gesunden Lebensjahre, die mit Drogen einhergehende Gewalt und Kriminalität, die Kosten für die Gesellschaft – es gibt genug Gründe, um stärker in den Kampf gegen Drogen zu investieren. Ein Teil dieser Aufgabe ist zweifellos die konsequente strafrechtliche Verfolgung, aber bitte unter Achtung geltenden Rechts.

Aber die zur Schau gestellte Politik der harten Hand einflussreicher Länder wie den USA greift zu kurz. Allein mit sicherheitspolitischen Maßnahmen ist der Kampf gegen Drogen nicht zu gewinnen. Die Kartelle passen sich an, sie erschließen unter anderem neue Routen und nutzen gezielt politisch instabile Regionen, um ihren Einfluss auszuweiten. So haben etwa die internen Konflikte in Myanmar die dortige Drogenproduktion begünstigt. Myanmar ist weltgrößter Produzent von illegalem Opium und Hauptquelle für Methamphetamin in Asien.

LEGALE PERSPEKTIVEN AUFZEIGEN

Zugleich ist klar: Wer Koka-Plantagen in Kolumbien, Peru oder Bolivien ohne einen Gedanken an die lokale Bevölkerung zerstört, verschiebt das Problem nur. Die Plantagen tauchen dann anderswo auf, während die früheren Produzent*innen nicht wissen, wie sie jetzt ihre Familie ernähren sollen.

Im Kampf gegen Drogen sollten deshalb entwicklungspolitische Ansätze stärker in den Fokus rücken. Ein wichtiger Baustein: den Menschen, die mit dem Anbau pflanzlicher Drogen ihren Lebensunterhalt verdienen, legale Erwerbsmöglichkeiten zu bieten, ganz im Sinne des Konzepts der „Alternativen Entwicklung“. Dies wird von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit schon lange gefördert und fand bereits 2012 in der Lima Declaration on Alternative Development internationale Anerkennung.

Ähnliches gilt für die Seite der Nachfrage. Wer Drogen konsumiert, tut dies oft aus Verzweiflung und einem Mangel an Perspektiven. Insofern wirken entwicklungspolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder Senkung der Jugendarbeitslosigkeit auch im Sinne einer weitsichtigen Politik gegen Drogen.

Zugleich gilt es, Abhängige zuallererst als Menschen zu sehen, die angemessene medizinische und psychologische Betreuung verdienen. Viele zivilgesellschaftliche Akteure engagieren sich hier seit Langem, sie verdienen bessere Finanzierung. Allzu oft erhalten suchtkranke Menschen aber überhaupt keine Betreuung: Selbst im reichen Europa befindet sich nur knapp ein Viertel von ihnen in Behandlung. In Afrika sind es deutlich unter fünf Prozent.

International gegen Kartelle zu kooperieren, allen am Drogengeschäft Beteiligten bessere Möglichkeiten aufzuzeigen und suchtkranken Menschen passende Hilfsangebote zu machen, mag kurzfristig weniger Aufmerksamkeit erregen als die Explosion eines Bootes. Nachhaltiger ist es aber allemal.



JÖRG DÖBEREINER

ist Chef vom Dienst bei E+Z.

euz.editor@dandc.eu

WELTWEITER DROGENKONSUM IN ZAHLEN

Drogenmissbrauch zerstört Millionen von Leben

Während weltweit mehr als 60 Millionen Menschen mit drogenbezogenen Störungen leben, befindet sich nur eine von zwölf dieser Personen in Behandlung. Fakten und Zahlen zum globalen Drogenkonsum. VON ISAH SHAFIQ

331 Millionen

Menschen haben Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge im Jahr 2024 eine Droge konsumiert. Das sind 34 % mehr als noch vor einem Jahrzehnt – ein Anstieg, der zum Teil Bevölkerungswachstum und bessere Datenverfügbarkeit widerspiegelt, aber auch eine zunehmende Verbreitung des Drogenkonsums. Der World Drug Report nennt folgende Zahlen:

- Cannabis: **256 Millionen**
- Opioide: **63 Millionen**
- Amphetamine: **32 Millionen**
- Kokain: **25 Millionen**
- „Ecstasy“: **21 Millionen** (1)

2,5 Milliarden

Menschen über 15 Jahre konsumieren alkoholische Getränke laut jüngsten Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO). (2)

1,25 Milliarden

Menschen weltweit rauchen WHO-Schätzungen zufolge Tabak. (2)

14 bis 32 %

der Menschen, die Drogen konsumieren, sind weiblich, je nach Substanz:

- 14 % bei Opiaten,
- 25 % bei Kokain,
- 24 % bei Cannabis,
- 32 % bei „Ecstasy“-ähnlichen Substanzen,
- 28 % bei Amphetaminen. (1)

63 Millionen

Menschen lebten im Jahr 2024 mit drogenbezogenen Störungen. Nur einer von zwölf dieser Menschen befand sich in Behandlung. (1)

112

Länder beziehen sich in nationalen Strategiedokumenten ausdrücklich auf die Verringerung der Schäden durch Drogenkonsum. Das geht aus Angaben der zivilgesellschaftlichen Organisation Harm Reduction International hervor. Zu den kürzlich hinzugekommenen Ländern zählen Ghana, Fidschi, Trinidad und Tobago sowie die Philippinen. (3)

6,9 Millionen

der 14 Millionen Menschen, die sich Drogen spritzen, leben mit Hepatitis C. Mit HIV leben 1,7 Millionen von ihnen, und 1,5 Millionen sind sowohl mit HIV als auch mit Hepatitis C infiziert. (1)

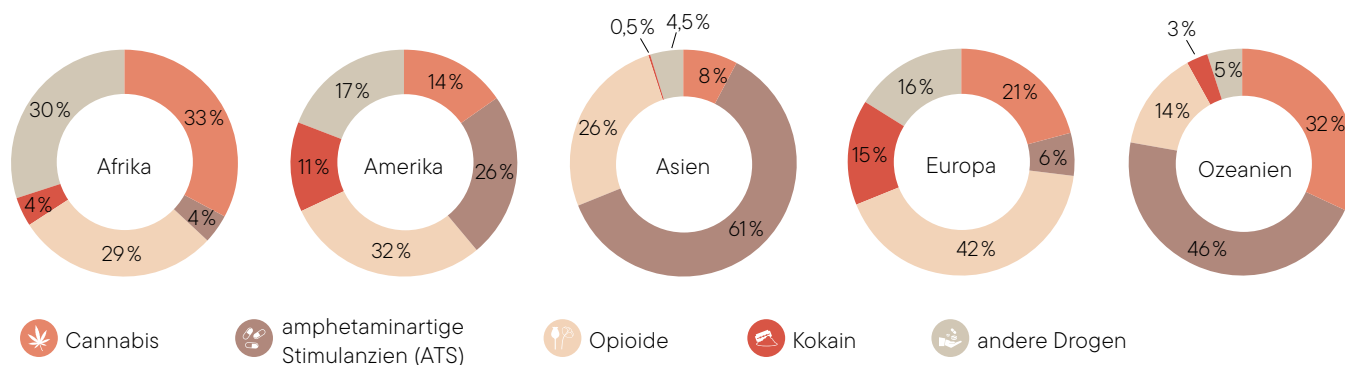
Fast 500.000

Todesfälle weltweit wurden im Jahr 2023 dem Drogenkonsum zugeschrieben – 29 % mehr als ein Jahrzehnt zuvor. Zirrhose und andere Lebererkrankungen infolge von Hepatitis C sind die häufigsten Ursachen für indirekte Todesfälle, während Opioidabhängigkeit für die meisten direkten Todesfälle verantwortlich ist. (4)

Die Hauptdroge

von Menschen in Drogenbehandlung variiert je nach Weltregion. In Asien und Ozeanien sind Stimulanzien vom Amphetamintyp (ATS) die am häufigsten konsumierten Substanzen. In Afrika steht Cannabis an erster Stelle, in Amerika und Europa sind es Opiode. (1)

Hauptdroge der Personen in einer Drogenbehandlung, 2024



ISAH SHAFIQ

studiert Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und ist Werkstudent bei E+Z.

euz.editor@dandc.eu

Quellen:

1. Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC): World Drug Report 2026, Special points of interest.
2. Weltgesundheitsorganisation (WHO): 2024: Global status report on alcohol and health and treatment of substance use disorders.
3. Harm Reduction International: Global State of Harm Reduction: 2025 Update to Key Data.
4. Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC): World Drug Report 2026, Highlights.



Foto: Murali Krishnadas

Charaliyil Unnikrishnan und seine
Leidenschaft – Schach.

DROGEN UND GEMEINSCHAFTEN

Alkohol oder Schach? Für ein indisches Dorf ist die Antwort klar

Marottichal, einst bekannt für illegale Schnapsherstellung und Alkoholismus, hat sich zu Indiens „Schachdorf“ gewandelt und damit eine Geschichte von Hoffnung, Wandel und Sportgeist geschrieben.

VON ROLI MAHAJAN

Im südindischen Bundesstaat Kerala liegt ein verschlafenes Dorf namens Marottichal, in dem das Schachspiel die Menschen vor übermäßigem Alkoholkonsum rettet. Das ist nicht übertrieben, denn anders als in anderen indischen Dörfern wird in diesem 6000-Seelen-Ort überall Schach gespielt: An Bushaltestellen, vor den Läden und unter Bäumen versammeln sich die Dorfbewohner*innen regelmäßig um schwarz-weiße Bretter, um eine Partie zu spielen. Bereits Anfang der 2000er-Jahre erlangte Marottichal den Ruf als „Schachdorf Indiens“. Man geht davon aus, dass es in jedem Haushalt mindestens eine Person gibt, die ziemlich gut Schach spielt. Das Hobby ist sowohl bei Kindern und Jugendlichen beliebt wie auch bei älteren Menschen.

Vor einigen Jahrzehnten war das noch anders. In den 1960er- und 1970er-Jahren verleitete die grassierende Arbeitslosigkeit die Einheimischen dazu, aus Cashewfrüchten Schnaps zu brennen. Was in drei Haushalten für den Eigenbedarf begann, machte aus Marottichal in den 1980er-Jahren ein regionales Zentrum der illegalen Alkoholproduktion.

Der Alkoholismus forderte einen hohen Preis: Leberzirrhose war weitverbreitet, und viele Familien wurden durch Glücksspiel, häusliche Gewalt, Straßenkämpfe und Verschuldung in die Armut gestürzt. Rowdium gehörte zum Alltag.

Dann kehrte der ehemalige Dorfbewohner Charaliyil Unnikrishnan nach Marottichal zurück, um dort einen Teeladen zu betreiben. Er beteiligte sich an Anti-Alkohol-Kampagnen und begann, an öffentlichen Orten Schach zu spielen. Neugierige blieben stehen, um zuzuschauen und mehr darüber zu erfahren. Auch in seinem Teeladen bot Unnikrishnan ihnen mehr an als nur eine Tasse Tee: Er machte sie mit dem Schachspiel vertraut und brachte es jedem bei, der es lernen wollte. Das sprach sich schnell herum. Manche Dorfbewohner*innen scherzen, das „C“ in Charaliyil stehe für „Chess“, englisch für Schach.

Im Laufe der Jahre brachte er Hunderten das Schachspielen bei und trat international gegen Großmeister an. In Marottichal entwickelte sich Schach für viele zu einer Alternative zum Trinken und zum Glücksspiel. Es brachte die Menschen an öffentlichen Orten zusammen und wurde ein neuer Zeitvertreib für Kinder und junge Erwachsene.

DAS SCHACHSPIEL IN DIE ZUKUNFT FÜHREN

Der Wandel erreicht nun die nächste Generation. Das Dorf arbeitet daran, Schach in den Schulunterricht zu integrieren, damit Kinder schon früh anfangen können, es zu lernen. Schon jetzt nehmen junge Spieler*innen aus Marottichal an Turnieren in ganz Indien und im Ausland teil. Ein heranwach-

„Marottichals Geschichte erinnert daran, dass Veränderung manchmal mit einer so simplen Sache beginnt wie damit, dass eine Person eine andere dazu einlädt, eine Partie zu spielen.“

sendes Talent aus dem Dorf ist etwa der 17-jährige Gowrishankar Jayaraj. Ihm wurde 2025 vom Internationalen Schachverband (FIDE) der Titel „Meisterkandidat“ verliehen.

Auch Marottichal selbst hat für seine Schach-Begeisterung Anerkennung gefunden. Im Jahr 2016 kamen dort mehr als 1000 Menschen zusammen, um gleichzeitig Schach zu spielen, was dem Dorf eine Auszeichnung von „Asia Records“ einbrachte.

Marottichals Geschichte ist die einer Gemeinde, die mit Alkoholismus zu kämpfen hatte, bis das Schachspiel sie vereinte. Sie erinnert daran, dass Veränderung manchmal mit einer so simplen Sache beginnt wie damit, dass eine Person eine andere dazu einlädt, eine Partie zu spielen.



ROLI MAHAJAN

ist eine Journalistin aus Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com



Ein Khat-Verkäufer in Somalia, Kenias größtem Exportmarkt für die Pflanze.

DROGENHANDEL

Wie eine Drogenlobby beinahe eine Grenze wieder geöffnet hätte

*Der Export von Khat bringt Kenia jährlich rund 100 Millionen Dollar ein. Landwirt*innen und Händler*innen hoffen, dass ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluss dazu führen wird, die seit Langem geschlossene Grenze zu Somalia endlich wieder dauerhaft zu öffnen.*

VON JOSEPH MAINA

Seit 15 Jahren ist die Grenze zwischen Kenia und Somalia geschlossen – eine Grenze, die so instabil ist, dass zwei zuvor geplante Wiedereröffnungsversuche bereits scheiterten, bevor sie überhaupt begonnen hatten. Kenia hatte die Grenze im Oktober 2011 nach einer Reihe von Anschlägen der Terrororganisation Al-Shabaab und dem militärischen Eingreifen Kenias in Somalia geschlossen.

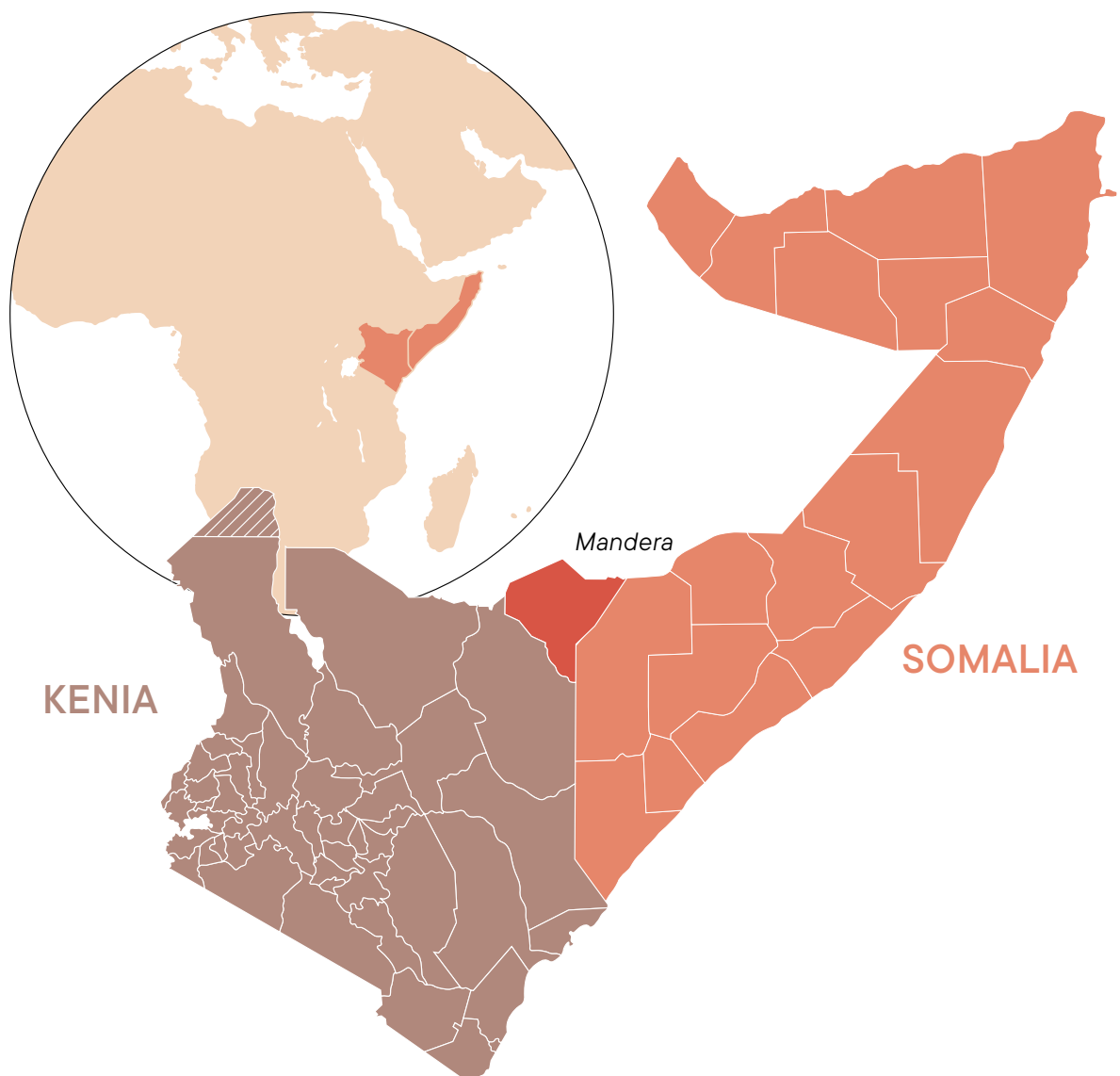
Dann hätte die Öffnung der Grenze beinahe funktioniert – dank eines Faktors, den nur wenige Sicherheitsanalysen vorausgesehen hatten: einer Lobby, die sich rund um den Anbau einer Drogenpflanze gebildet hat und die hinter den Kulissen daran arbeitete, politische Entscheidungsträger*innen und Regierungsbehörden so lange zu beeinflussen, bis der Staat nachgab.

Khat (*Catha edulis*) ist vor Ort als „Miraa“ bekannt. Es handelt sich um einen blättrigen Strauch, dessen Blätter als Stimulans gekaut werden. Nach kenianischem Recht werden seine Wirkstoffe, Cathinon und Cathin, theoretisch als

psychotrope Substanzen eingestuft. Die Nationale Behörde für die Kampagne gegen Alkohol- und Drogenmissbrauch (National Authority for the Campaign Against Alcohol and Drug Abuse – NACADA) stuft die Pflanze als potenziell schädliche Droge ein. Nach dem Pflanzenanbaugesetz von 2013 ist Miraa jedoch auch eine gesetzlich regulierte Kulturpflanze, was bedeutet, dass sie innerhalb eines geregelten Rahmens angebaut werden darf.

„Miraa stützt eine Wertschöpfungskette.“

Miraa stützt eine Wertschöpfungskette, die Landwirt*innen, Erntehelfer*innen, Zwischenhändler*innen, Transportunternehmen und Exporteure umfasst. Nach Angaben der kenianischen Behörde für Landwirtschaft und Ernährung erwirtschaftet Miraa jährlich etwa 100 Millionen Dollar. Die



Erzeuger*innen und ihre Lobby verweisen auf diese wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. In der Praxis hat dieses Argument den Ruf von Miraa als Rauschmittel weitgehend in den Hintergrund gedrängt.

LUFTTRANSPORT VON KHAT

Aufgrund der Grenzschießung müssen Exporteure ihre Lieferungen nach Somalia, Kenias größtem Exportmarkt für Khat, per Luftfracht befördern. Dies treibt die Preise in die Höhe und macht die Landwirt*innen von Kartellen abhängig, die Provisionen verlangen. Die Nyambene Miraa Farmers and Traders Association (Nyamita) reichte beim Innenministerium eine Petition ein, um die Wiederaufnahme der Exporte auf dem Landweg sicherzustellen. Ihr Vorsitzender Kimathi Munjuri sagt, dass die Kampagne an mehreren Fronten geführt werde. „Wir haben offizielle Verhandlungen zwischen Kenia und Somalia geführt“, erklärt er. „Außerdem haben wir Briefe verfasst und von unseren Politiker*innen politische Zusagen gefordert. Dabei haben wir darauf bestanden, dass eine der Bedingungen für unsere Unterstützung darin besteht, dass sie uns dabei helfen, auf die bedingungslose Wiederöffnung der Grenze zu drängen.“

„Tausende von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sind im Bezirk Meru auf Khat als Haupteinkommensquelle angewiesen.“

Am 6. Februar teilte Raymond Omollo, Staatssekretär im Innenministerium, den Händler*innen mit, dass der Ausschuss des Nationalen Sicherheitsrates die Wiedereröffnung der Grenzübergänge in der Nähe der Orte Mandera, Liboi und Kiunga für den Straßentransport von Miraa genehmigt habe. Im selben Monat versprach Präsident William Ruto in Mandera, die Grenze im April wieder zu öffnen. In dem Schreiben des Ministeriums wird Nyamitas Petition als Auslöser genannt.

Dies verdeutlicht den Einfluss der Lobby. Präsidentschaftskandidat*innen reisen in den Bezirk Meru, um Stimmen zu sichern – dort ist Khat die treibende Kraft hinter einer regionalen Wirtschaft, deren Zentrum an den Hängen des Mount Kenya liegt. Tausende von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sind hier auf Khat als Haupteinkommensquelle

angewiesen. Einige Politiker*innen kauen die Blätter während des Wahlkampfs demonstrativ.

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die Lobby über genügend Einfluss verfügt, um die Grenze tatsächlich dauerhaft zu öffnen – im Mai machte Präsident Ruto einen Rückzieher und verschob die Öffnung aufgrund erneuter Eskalationen vor Ort. Die Wiederöffnung ist zudem der erste echte Test für Somalias Mitgliedschaft in der East African Community, der das Land im März 2024 beigetreten ist.

Die Grenze selbst erstreckt sich über 680 Kilometer. Sie trennt Gemeinden, die durch kulturelle Bindungen miteinander verbunden sind, und war schon immer von großer Bedeutung für Viehtriebe und den informellen Handel. Der Gouverneur der Grenzregion Mandera, Mohamed Khalif, bezeichnete sie als „wirtschaftliche Lebensader für diesen Landkreis“.



JOSEPH MAINA

ist ein freier Autor aus Naivasha, Kenia.

mainajoseph166@gmail.com

TRADITIONELLES BRAUEN

Trinken und Brauen in einem der größten Flüchtlingslager Afrikas

Im Flüchtlingslager Kakuma im Norden Kenias gehören Verkauf und Konsum von lokal gebrautem Alkohol zum Alltag. Für manche bietet billiger Alkohol eine Möglichkeit, mit der Belastung ihrer Vertreibung und den harten Lebensbedingungen im Camp fertig zu werden. Für andere ist das Brauen und Verkaufen von Alkohol eine Einkommensquelle in einer Situation, die nur wenige formelle Beschäftigungsmöglichkeiten bietet.

VON ALBA NAKUWA

Solche improvisierten Destillationsanlagen werden in Kakuma häufig zur Herstellung von Spirituosen wie Chang'aa eingesetzt.



Chang'aa, vor Ort auch unter Namen wie „Siko“ oder „Number 1“ bekannt, ist ein destilliertes alkoholisches Getränk, das typischerweise aus Mais, Hirse oder anderen Getreidesorten hergestellt wird. In Kenia war es viele Jahre lang illegal, bis die Regierung das traditionelle, selbstgebraute Getränk im Jahr 2010 legalisierte. Damit sollte gegen Unternehmen ohne Lizenz vorgegangen werden, die dem Gebräu giftige Chemikalien zusetzten, um es stärker zu machen. Da Chang'aa zu einem niedrigen Preis verkauft wird, ist es für Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln in Kakuma erschwinglicher als kommerziell hergestellte Spirituosen. Manche bezeichnen das Getränk aufgrund von Bedenken hinsichtlich seiner Stärke und möglicher Auswirkungen als „Kill me quick“.

„Andere beginnen mit dem Brauen, weil sie darin eine der wenigen Möglichkeiten sehen, Geld zu verdienen — was wiederum den Alkoholkonsum ihrer verzweifelten Nachbar*innen weiter anheizt.“

Christin Nyadeng ist aus Südsudan geflohen und lebt seit mehr als zehn Jahren in Kakuma. Als Mutter von sieben Kindern ohne formale Schulbildung hat sie nur begrenzte Möglichkeiten, Arbeit zu finden. Die illegale Herstellung von Chang'aa ist für sie zu einer der wenigen Möglichkeiten geworden, Geld zu verdienen, um ihre Familie zu ernähren. „Ich brenne Chang'aa, weil ich dadurch genug verdiene, um mich und meine Kinder zu ernähren – oder sogar ein wenig zu ihrer Ausbildung beizutragen“, sagt sie.

Doch ihr Einkommen ist nicht sicher. Bei willkürlichen Razzien durch die Ordnungskräfte besteht die Gefahr, dass ihre Brauwaren beschlagnahmt werden, wodurch Nyadeng manchmal das Geld verliert, auf das sie gehofft hatte. Zudem zahlt die Kundschaft nicht immer.

Joseph Lopir, der seit 13 Jahren in Kakuma lebt, ist sich der Herausforderungen, denen sich die Geflüchteten täglich gegenübersehen, sehr wohl bewusst. Er arbeitet als Kommunikationsbeauftragter für die „Solidarity Initiative for

Refugees“ (SIR) und ist außerdem als freiberuflicher Filmmacher und Fotograf tätig.

Laut Lopir wenden sich einige Geflüchtete der Herstellung von Chang'aa zu, weil sie alternative Einkommensquellen benötigen. Das Geschäft erziele angeblich höhere Gewinne als weniger starke traditionelle lokale Getränke wie Busaa, ein dickflüssiges, breiartiges Bier aus Getreide, häufig Mais oder Hirse. Busaa wird in mehreren ostafrikanischen Ländern getrunken, darunter in Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo, Burundi und Uganda.

Lopir nennt Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Stress als Faktoren, die sowohl zum Brauen als auch zum Alkoholkonsum im Lager beitragen. Junge Menschen stehen vor besonderen Herausforderungen, wenn sie nur begrenzten Zugang zu Arbeitsplätzen und kaum Möglichkeiten haben, sich eine nachhaltige Existenzgrundlage aufzubauen.

INEFFEKTIVE POLIZEIEINSÄTZE

Es ist ein Teufelskreis: Für manche Geflüchtete steht der Alkoholkonsum in Zusammenhang mit dem Stress, den ihre schwierigen Lebensumstände verursachen. Andere beginnen mit dem Brauen, weil sie darin eine der wenigen Möglichkeiten sehen, Geld zu verdienen und diesen schwierigen Umständen zu entkommen – was wiederum den Alkoholkonsum ihrer verzweifelten Nachbar*innen weiter anheizt.

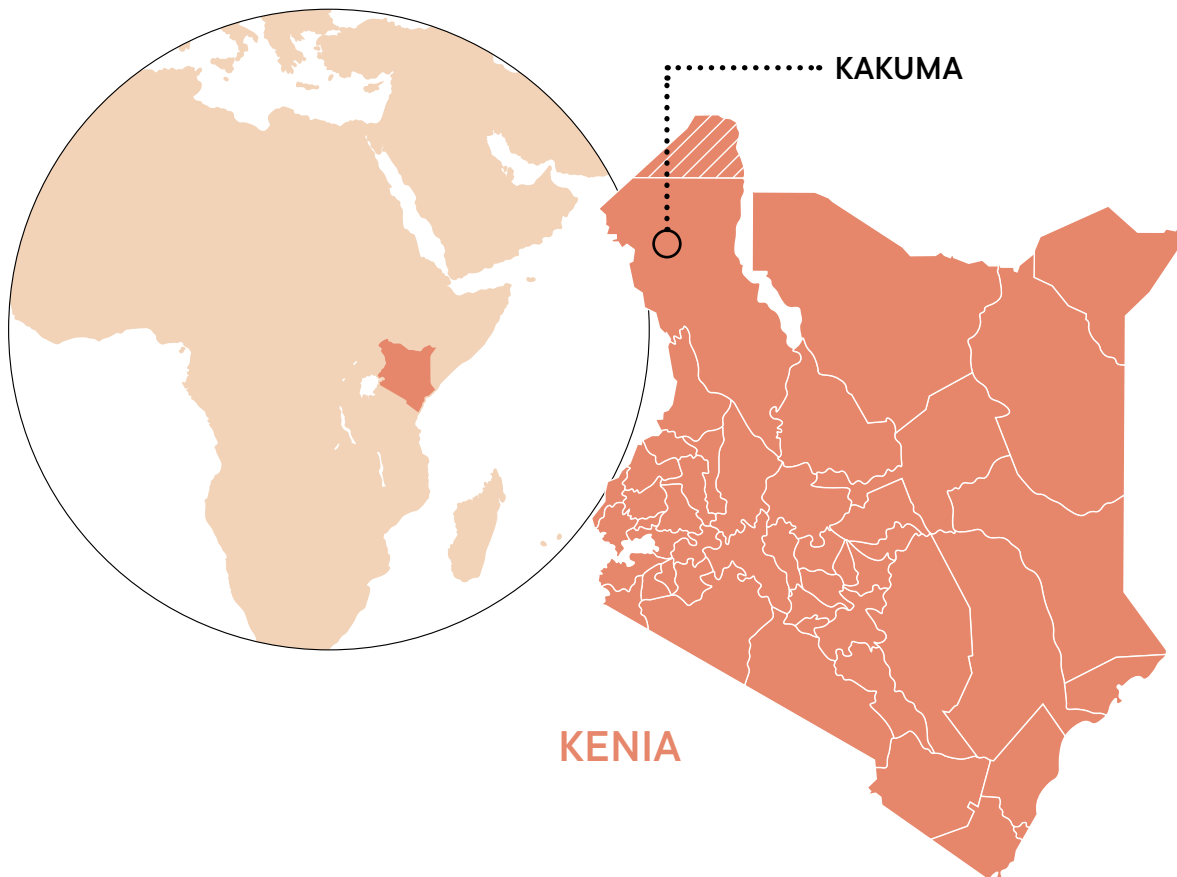
Das bedeutet nicht, dass jede*r arbeitslose Jugendliche in Kakuma Alkohol trinkt oder an der illegalen Herstellung von Alkohol beteiligt ist. Es ist jedoch wichtig, den breiteren wirtschaftlichen Kontext zu verstehen, in dem diese Praktiken stattfinden.

Wo legale Einkommensquellen rar sind, reicht es nicht aus, den Menschen einfach zu sagen, sie sollen ihre illegale Arbeit aufgeben – damit werden die Gründe, warum sie diese Tätigkeit überhaupt aufgenommen haben, nicht angegangen. Folglich bleibt die Durchsetzung der Vorschriften ein zentraler Teil des Problems. Laut Lopir setzen einige ihre Brau-Aktivitäten trotz Warnungen der Behörden und gelegentlicher Razzien immer wieder fort.

Dadurch entsteht ein sich wiederholender Kreislauf. Die Behörden gehen gegen illegale Brauereien vor; Produkte werden beschlagnahmt und entsorgt, doch die Hersteller*innen nehmen ihre Tätigkeit danach einfach wieder auf. Wenn Produkte vernichtet werden, tragen sie den unmittelbaren finanziellen Verlust. Die anhaltenden Auseinandersetzungen führen auf beiden Seiten zu Frustration.

REGULIERUNG ALLEIN REICHT NICHT AUS

Die anhaltenden Spannungen und Probleme zeigen, warum Maßnahmen nur begrenzte Wirkung entfalten können,



wenn die zugrunde liegenden Probleme im Zusammenhang mit Existenzsicherheit ungelöst bleiben.

Jeder Vorschlag zur Regulierung der Herstellung oder des Verkaufs von Alkohol, einschließlich der Beschränkung des Verkaufs auf bestimmte Tage, muss im Hinblick auf das geltende kenianische Recht, Belange der öffentlichen Gesundheit sowie mögliche Auswirkungen auf die Gemeinden geprüft werden. Eine Regelung sollte nicht als Lösung betrachtet werden, ohne zuvor ihre Durchführbarkeit und die zu erwartenden Folgen zu bewerten.

Lopir schlägt einen umfassenderen Ansatz vor, der Regulierung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und berufliche Bildung berücksichtigt. Anstatt lediglich darauf abzielen, das illegale Brauen auszumerzen, empfiehlt er, Wege zu finden, diese Praxis einzudämmen und gleichzeitig die Ursachen anzugehen, die sie aufrechterhalten.

Insbesondere für junge Geflüchtete reicht eine berufliche Ausbildung allein jedoch möglicherweise nicht aus. Lopir weist auf mangelnde Unterstützung nach der Ausbildung hin, was dazu führen kann, dass junge Menschen zwar neue Fähigkeiten erwerben, aber kaum praktische Möglichkeiten finden, diese anzuwenden.

Der Zugang zu Hilfsmitteln, Mentoring, Unterstützung bei der Unternehmensgründung und Kontakten zu potenziellen Arbeitgebern könnte dazu beitragen, diese Lücke zu

schließen. Die Programme müssten zudem auf die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft eingehen, anstatt lediglich Schulungen anzubieten, die keinen klaren Weg zu einem Einkommen aufzeigen.

Für Haushalte, die bereits ihren Lebensunterhalt mit dem Brauen verdienen, könnte eine Einkommensunterstützung dazu beitragen, den Übergang in andere Berufe realistischer zu gestalten. Dazu wären Programme erforderlich, die sowohl den unmittelbaren finanziellen Bedarf decken als auch längerfristige wirtschaftliche Perspektiven schaffen.

Für Lopir ist Umsiedlung für manche Geflüchtete auch ein möglicher Weg zu besseren Zukunftsperspektiven. Dies ist jedoch keine sofortige oder allgemein verfügbare Lösung. Für die meisten Geflüchteten bleiben die Möglichkeiten, die sich ihnen unter ihren derzeitigen Lebensumständen bieten, weiterhin wichtig.



ALBA NAKUWA

ist freie Journalistin aus Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



Angehörige der zivilgesellschaftlichen Organisation „Grupo Marte“ auf Patrouille in der mexikanischen Grenzstadt Tijuana.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Mexiko und der Drogenrausch

Crystal Meth, Fentanyl und andere im Labor erzeugte Drogen sind ein boomendes Geschäft mit globalen Lieferketten. Mexiko spielt dabei eine wichtige Rolle: Drogen werden hier hergestellt und exportiert, aber auch in besorgniserregendem Umfang konsumiert. Während sich zivilgesellschaftliche Organisationen für süchtige Menschen einsetzen, lässt der lebensrettende Politikwechsel auf sich warten.

VON SONJA PETERANDERL

Ein Camouflage-Tuch verbirgt den unteren Teil von Marck Riveras Gesicht, er kneift die Augen zusammen und lässt den Blick über den ausgedörrten Kanal des Flusses der mexikanischen Grenzstadt Tijuana gleiten, in dem sich dunkler Schlick sammelt. Rivera und andere Angehörige der „Grupo Marte“, einer Initiative von Freiwilligen, patrouillieren in schwarzer Kleidung und schweren Boots am Kanal entlang, einem der Drogen-Hotspots von Tijuana. Sie gehen in Tunnel hinein, in denen obdachlose Menschen leben, besuchen ein Straßencamp. Die Helfer*innen von Grupo Marte verarzten Wunden und verteilen Medikamente sowie saubere Nadeln an Menschen, die Drogen spritzen. Falls jemand zu ruhig da liegt und sich nicht mehr rührt, prüfen die Freiwilligen, ob die Person nur schläft. „Es gibt Menschen, die hier an offener Straße an einer Überdosis sterben“, sagt Rivera. „Die Leute wissen nicht mehr, was sie konsumieren.“

Rivera kam vor Jahren aus Culiacán im mexikanischen Bundesstaat Sinaloa, der Wiege des bekannten Sinaloa-Kartells, nach Tijuana. Er wollte eigentlich über die Grenze in die USA, um den amerikanischen Traum zu leben. Stattdessen fand er sich im Kanal wieder – obdachlos und abhängig von Heroin und Crystal Meth. Er landete im Gefängnis.

Heute hilft Rivera anderen Menschen in Not. „In Tijuana ist der Drogenkonsum heftig, hier treffen die ganzen Drogen und die Migrationsströme aufeinander“, sagt er. „Alle Leute werden hier angeschwemmt, die aus den USA abgeschoben werden, die aus dem Gefängnis kommen oder aus anderen Städten oder Ländern.“ Viele hätten schon zuvor Drogen konsumiert, doch der harte Alltag in der Grenzstadt verschärfe die Abwärtsspirale. Die Gestrandeten bräuchten Unterstützung bei Sucht, psychischen Problemen oder lebensgefährlichen Verletzungen – stattdessen würden sie oft noch von Polizei oder Militär drangsaliert.

MEXIKOS KARTELLE ALS GLOBALE PLAYER

Mexikos große transnational aktive kriminelle Netzwerke, das Jalisco-Kartell und das Sinaloa-Kartell, sind in mehr als 40 Ländern weltweit aktiv. Sie kontrollieren große Teile des Handels mit Drogen wie Kokain, Crystal Meth oder Fentanyl – und die Grenzstadt Tijuana ist einer der wichtigsten Drogenkorridore Richtung USA. Die wachsende Menge und Verfügbarkeit von synthetischen Substanzen könnten dem UNODC World Drug Report 2026 zufolge einen dauerhaften Wandel auf dem globalen Drogenmarkt bewirken – begleitet von Überdosen und Gewalt. Expert*innen sind besorgt, dass starke synthetische Drogen den Weltmarkt fluten, darunter Fentanyl, Nitazene oder Orphine wie Brorphin oder Cychlorphin.

Die neue „Superdroge“ für Mexikos Kartelle ist dem mexikanischen Kriminalitätsexperten Óscar Balderas zufolge das syn-

thetische Opioid Fentanyl. Es sei „die finanziell lukrativste Droge für die Kartelle“. Fentanyl ist bis zu 50-mal stärker als Heroin.

Fentanyl verfügt über eine hohe Wirksamkeit selbst in geringer Dosis, kostet relativ wenig in der Herstellung und kann mit anderen Drogen verschnitten werden, um deren Wirkung zu steigern. All das macht es für Drogenproduzenten attraktiver als das halbsynthetische Heroin, das chemisch aus dem Saft der Schlafmohn-Samenkapseln gewonnen wird. Hinzu kommt, dass der Preis für Heroin in den vergangenen Jahren stark gefallen ist. Gegenüber Kokain, das aus Kokapflanzen hergestellt wird, hat Fentanyl den Vorteil, dass es nicht aus Anbauländern in Südamerika importiert werden muss.

„Die Kartelle mixen immer wirksamere und damit riskantere Mischungen zusammen, auch weil die Konsumierenden ein stärkeres High wollen.“

Mexiko hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend vom Drogenkorridor zur Produktionsstätte gewandelt. Hunderte Labore zur Produktion von Fentanyl, aber auch Crystal Meth, wurden ausgehoben. Im März 2026 entdeckten Sicherheitskräfte bei einer Razzia im westlichen Bundesstaat Colima rund 270 Kilo einer Fentanyl-ähnlichen Substanz in Puder- und Pillenform, genug für etwa 14 Millionen Dosen.

ZULIEFERUNG AUS ASIEN

Die Chemikalien für die Herstellung synthetischer Drogen wie Fentanyl beziehen Mexikos Kartelle vor allem aus China, Indien oder anderen asiatischen Staaten. In den USA steht derzeit der wichtigste Verbindungsmann zwischen Chinas Chemiefabriken und dem Sinaloa-Kartell vor Gericht. Zhi Dong Zhang alias „Brother Wang“ soll tonnenweise chemische Substanzen für die Fentanylproduktion an Drogenlabore in Mexiko vermittelt haben. Die Kartelle pressen daraus Tabletten oder strecken andere Drogen und sogar in Apotheken verkaufte Medikamente mit Fentanyl. Drogenköche arbeiten laufend daran, die Formeln zu perfektionieren.

Auch in afrikanische Länder wie Nigeria fliegen die Kartelle ihre Drogenköche aus, um dort Labore aufzubauen, vor al-

lem zur Produktion von Crystal Meth. Von dort verschiffen sie synthetische Drogen auch weiter nach Europa und bis nach Australien und Neuseeland.

Mexikanische Kartellmitglieder sind zunehmend auch in Europa präsent. Kürzlich wurde eine Gruppe des Jalisco-Kartells in Spanien festgenommen, die dort den Handel mit Kokain und Methamphetaminen koordinierte. Die Kriminalitätsexpertin Vanda Felbab-Brown vom US-Thinktank Brookings warnt vor Crystal Meth als potenzieller Einstiegsdroge für Fentanyl. „Meine größte Sorge ist, dass mexikanische Kartelle auch andernorts so vorgehen werden wie in den USA – nämlich Fentanyl und andere synthetische Opioide wie Nitazene in die Meth-Lieferungen zu mischen“, sagt sie.

„Mexikos Präsidentin
Claudia Sheinbaum geht
zwar militärisch gegen die
Drogenlabore vor.
Allerdings fehlt eine
umfassende
gesundheitsfokussierte
Drogenpolitik mit einer
langfristigen, staatlichen
Finanzierung für
Hilfsstrukturen.“

DAS RISIKO DER ÜBERDOSIS

Die Kartelle versuchen, immer stärkere Produkte herzustellen. Sie mixen immer wirksamere und damit riskantere Mischungen zusammen, auch weil die Konsumierenden ein stärkeres High wollen – trotz des hohen Risikos, überzudosieren. Dabei kann schon eine winzige Menge Fentanyl zum Atemstillstand führen. „Ich weiß nie, wie viel Fentanyl drin ist“, sagt Luis, der in einem Straßencamp in Tijuana lebt und sich etwa sechsmal täglich eine Heroin-Crystal-Meth-Mischung spritzt, um sich „nicht schlecht zu fühlen“. Er habe selbst schon eine Überdosis erlebt, sagt er. Mittlerweile konsumiere er aber nur, wenn noch jemand anderes da sei, bei dem er Hilfe suchen könnte.

In Tijuana versuchten Sanitäter*innen des Roten Kreuzes 2024 mehr als 800 Menschen mit einer Überdosis wieder-

zubeleben. Dem gerichtsmedizinischen Dienst Semefo von Baja California zufolge hatten fast 17% aller in den Städten Mexicali und Tijuana eingelieferten Toten Fentanyl im Körper – ob sie daran gestorben sind, ist allerdings unklar. Da es keine offizielle, landesweite Statistik gibt, bleiben viele Opfer unsichtbar.

„Bei einer Überdosis hat man nur zehn oder 15 Minuten Zeit zu reagieren, danach ist es zu spät“, weiß Marck Rivera von Grupo Marte. Naloxon, als Nasenspray oder injiziert, wirkt bei einer Überdosierung mit Opioiden wie ein Gegengift. Es hebt die lebensgefährliche Atemlähmung auf. Doch Naloxon ist in Mexiko nur auf Rezept erhältlich und für Menschen, die auf der Straße leben, zu teuer. Selbst Organisationen, die süchtige Menschen unterstützen, haben Mühe, ihre Naloxon-Bestände zu füllen.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÜR ABHÄNGIGE

Eine Organisation, die Naloxon verteilt, ist Prevecasa. Im Hof der NGO in Tijuana prangt das Graffiti „Helfen, nicht bestrafen“ an einer Wand, bunte Stühle warten auf Menschen, die Untersuchungen oder psychologische Beratung benötigen. Prevecasa ist ein Experimentierlabor für eine alternative, gesundheitsorientierte Drogenpolitik. Helfer*innen verteilen Medikamente, Kondome oder Spritzen-Kits. Zur Entsorgung benutzter Nadeln steht eine Plastikbox bereit. In einem sicheren Raum können Frauen hier sogar Drogen nehmen.

Bei Prevecasa können Konsumierende auch mit Teststreifen ihre Droge auf Fentanyl prüfen, und inzwischen fallen fast alle dieser Tests positiv aus. Qualität und Mischungen verändern sich ständig. Wenn sich der Fentanylgehalt extrem ändert, kann das eine Welle von Überdosen auslösen, bis sich Konsumierende an den neuen Mix gewöhnt haben.

VERÄNDERTE DROGENPOLITIK

Organisationen aus den USA lieferten in der Vergangenheit teils Naloxon nach Mexiko, um dortige Organisationen mit knappen Ressourcen zu unterstützen. In den USA ist Naloxon seit 2023 rezeptfrei in Apotheken erhältlich – in der Folge sank die Zahl der tödlichen Überdosen in den USA erstmals seit 2018. „Seit Beginn der Opioid-Epidemie haben sich die Herangehensweisen der USA im Umgang mit Drogenkonsum zweifellos dramatisch verändert“, beobachtet die Brookings-Expertin Felbab-Brown. „Insbesondere im Übergang von der Obama-Regierung zur ersten Trump-Regierung und schließlich zur Biden-Regierung konnten wir eine deutlich größere Akzeptanz bestimmter Formen der Schadensminderung beobachten wie eine flächendeckende Verfügbarkeit von Naloxon und einen verbesserten Zugang zu medikamentösen Therapien.“

Nach einigen Fortschritten hin zu einer nachhaltigeren Drogenpolitik geht der globale Trend jedoch gerade eher zurück zu einer Politik der harten Hand. Die Budgets fließen vor allem in Aufrüstung, Überwachung und Gefängnisse statt in eine bessere Sozial- und Gesundheitspolitik, die den Kreislauf von Armut, Hoffnungslosigkeit und Gewalt unterbrechen könnte.

„Grenzüberschreitende Arbeit ist im Bereich der Schadensminderung von entscheidender Bedeutung, doch derzeit ist die Lage äußerst schwierig, da die Trump-Regierung Strategien zur Schadensminderung ablehnt und die Mittel für alles außer Naloxon drastisch kürzt“, sagt Gretchen Bergman. Sie hat in San Diego die Organisation „A New Path“ gegründet, die süchtige Menschen unterstützt und sich auch mit mexikanischen Organisationen austauscht. In Kalifornien erlebt sie derzeit noch einen stetigen Nachschub an Naloxon, allerdings habe es in letzter Zeit Verzögerungen bei der Beschaffung von Fentanyl-Teststreifen gegeben.

Auch in vielen lateinamerikanischen Staaten sind rechte bis rechtsextreme Politiker*innen mit dem „Drogenkrieg“ ins Präsidentenamt gekommen – also dem Versprechen, hart und militärisch gegen kriminelle Gruppierungen vorzugehen. Die Ära der linken Welle Lateinamerikas scheint vorbei. Engagierte Initiativen wie Grupo Marte, Prevecasa oder A New Path versuchen die gesellschaftlichen Folgen des kriminellen Milliardenbusiness mit Drogen abzufedern, doch ihre Mittel schrumpfen. Mexikos

Präsidentin Claudia Sheinbaum geht zwar militärisch gegen die Drogenlabore vor. Allerdings fehlt eine umfassende gesundheitsfokussierte Drogenpolitik mit einer langfristigen, staatlichen Finanzierung für Hilfsstrukturen.

„Hier in Tijuana beeinflussen nicht die Politik, sondern die Drogen und die Migrationsströme, was passiert“, glaubt Marck Rivera. Um die Einsätze seiner Freiwilligentruppe und die Not der Menschen auf den Straßen von Tijuana zu dokumentieren, betreibt er den TikTok-Kanal @grupo.m.a.r.t.e. Die Plattform nutzt er auch, um Spenden einzuwerben, denn das Geld ist immer knapp. Ob beim Crowdfunding genug zusammenkommt, damit ein Einsatz stattfinden kann, steht häufig erst kurzfristig fest. Naloxon an Konsumierende zu verteilen, ist gerade unmöglich. Rivera kann höchstens versuchen, Menschen in eine Krankenstation zu transportieren, in der Hoffnung, dass die Zeit reicht. Doch gerade fehlt der Gruppe sogar Geld für das Benzin.

QUELLE

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC): World Drug Report 2026.



SONJA PETERANDERL

ist Journalistin und Gründerin von BuzzingCities Lab, einem Thinktank, der sich mit digitaler Innovation, Sicherheit und organisierter Kriminalität beschäftigt.

euz.editor@dandc.eu



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website www.dandc.eu hin.



HINTERGRUND

Ein Blick in Simbabwe umstrittene Lager für Drogenentzug

Junge Menschen in Simbabwe, die mit einer Sucht zu kämpfen haben, befinden sich in einer Zwickmühle zwischen praktisch nicht vorhandenen öffentlichen Einrichtungen für psychische Gesundheit und unregulierten privaten Rehabilitationszentren. Berichte schildern militärähnliche Übungen, Korruption und Freiheitsentzug in Einrichtungen, die vorgeben, eine Therapie anzubieten.

VON DEOGRACIOUS KALIMA



Drogenmissbrauch ist in den städtischen Zentren
Simbawes besonders hoch, vor allem in der Hauptstadt Harare.

In Simbabwe's Hauptstadt Harare floriert eine gefährliche Wirtschaft. „Der Drogenhandel läuft auf Hochtouren“, sagt John Gwada, Gemeindevorsteher und Pastor der Zimbabwe Apostolic Church. Diese Schattenwirtschaft basiert auf den zerstörten Leben der sogenannten „verlorenen Generation“ Simbawwes – junger Erwachsener, die nach dem Jahr 2000 geboren wurden und am stärksten von der verheerenden Beschäftigungskrise des Landes betroffen sind.

Obwohl es nur wenige umfassende nationale Erhebungen gibt, schätzen Studien des „Zimbabwe Civil Liberties and Drug Network“ (ZCLDN) und der „Zimbabwe Youth Development Initiative“, dass über 60% der Jugendlichen in städtischen Gebieten bereits Erfahrungen mit Drogen gemacht haben, wobei etwa 35% diese regelmäßig konsumieren. „Es herrscht Chaos – Kinder brechen die Schule ab; manche vertreiben ihre Eltern aus dem Haus; andere verkaufen ihren gesamten Hausrat, nur um sich die nächste Dosis zu beschaffen“, sagt Gwada.

Doch der Albtraum endet nicht auf der Straße, wo Drogen und illegaler Alkohol leicht erhältlich sind – für manche Süchtige fängt er erst richtig hinter den Stahlgittern sogenannter „Entzugs-Bootcamps“ an, die vorgeben, junge Menschen mit Suchterkrankungen zu rehabilitieren.

Die Drogenrehabilitationszentren in Simbabwe, die wie Pilze aus dem Boden schießen, sind zu Brutstätten von Korruption und Brutalität geworden, in denen politisch vernetzte Eliten eine Krise des öffentlichen Gesundheitswesens in ein lukratives Geschäft verwandelt haben. Betroffene und ihre Familien berichten, dass ihr Weg in die Nüchternheit in Einrichtungen wie dem „Matrix Rehabilitation Centre“ und der „Angel of Hope Foundation“ in der Hauptstadt von Bestechung, militärischer Folter, Zwangsinhaftierung und Missachtung der Menschenrechte gekennzeichnet war.

WENIGER ALS 20 PSYCHIATER*INNEN IN SIMBABWE

Für eine verzweifelte Mutter wie Chipso Ganga (Name geändert), die mitansehen musste, wie ihr 19-jähriger Sohn aufgrund seiner Drogenabhängigkeit dahinsiechte, war es nur allzu leicht, sich von den stilvoll gestalteten Werbeanzeigen auf TikTok und Facebook täuschen zu lassen, in denen diese Drogenrehabilitationszentren prominent beworben werden.

„Im Jahr 2025 versuchte ich verzweifelt, meinen Sohn zu retten – die Anzeigen für die Rehabilitationszentren kamen mir wie ein Geschenk des Himmels vor“, sagt sie. Sie versprachen „ganzheitliche Therapie“, „psychologische Begutachtungen“ und einen Weg zurück zur psychischen Gesundheit sowie die Rückkehr in die Schule oder ins

Berufsleben für „gerettete junge Menschen“. In Simbabwe, einem Land, in dem es praktisch kein System der psychischen Gesundheitsversorgung gibt – mit weniger als 20 registrierten Psychiater*innen und weniger als 40 klinischen Psycholog*innen für eine Bevölkerung von 17 Millionen –, präsentieren sich diese scheinbar wohlthätigen Drogenrehabilitationszentren als die einzige verbleibende Hoffnung für Eltern, deren Kinder drogenabhängig sind.

„Vermögende Familien zahlen angeblich hohe Bestechungsgelder, um Plätze für ihre problembelasteten Kinder zu sichern.“

Das „Matrix Rehabilitation Centre“, das von Tafadzwa Chidawa, einem ehemaligen Polizeibeamten und Social-Media-Influencer, geleitet wird, sowie „Angel of Hope“, eine Stiftung unter der Leitung von Simbawwes First Lady Auxillia Mnangagwa, sind die bekanntesten dieser Rehabilitationszentren. Sie geben an, kostenlose oder subventionierte Programme mit einer Dauer von einem bis drei Monaten anzubieten, die darauf abzielen, junge Menschen, die mit einer Sucht zu kämpfen haben, zu produktiven Mitgliedern der Gesellschaft zu machen.

„Das Matrix-Reha-Zentrum versprach mir, dass mein 19-jähriger Sohn, der sein erstes Jahr im Jurastudium an der University of Zimbabwe abgebrochen hatte, innerhalb eines Monats mit dem Drogenkonsum aufhören würde – und an seinem 20. Geburtstag an die Universität zurückkehren würde“, sagt Ganga. Doch sobald sich die Tore geschlossen hatten, wurde ihr Sohn einer militärähnlichen Drillausbildung unterzogen, berichtet sie. Er erzählte ihr, dass sein Tag um 3 Uhr morgens begann – er wurde mit kaltem Wasser übergossen und musste sich im schlammigen Hinterhof wälzen, andere junge Menschen ohrfeigen und jeden Tag selbst fünf Ohrfeigen auf die Wangen erdulden. Seine einzigen Mahlzeiten bestanden aus einem „Frühstück“ um 15 Uhr und einem leichten Abendessen um 22 Uhr. „Er schlief vier Stunden am Tag und verlor sieben Kilo in einem Monat“, sagt sie. Gleichzeitig entwickelte sich das Rehabilitationsprogramm, das ursprünglich als kostenlos angepriesen worden war, zu einem finanziellen Albtraum. Die Betreiber verlangten 500 Dollar; andernfalls würde

ihr Sohn sechs Monate lang dort festgehalten werden. „Ich hatte keine andere Wahl, als meinen Kühlschrank zu verkaufen, um sie zu bezahlen“, sagt Ganga.

„Patient*innen im Alter von gerade einmal zwölf Jahren, die gegen eine Sucht kämpfen, sitzen in diesen zweifelhaften Rehabilitationszentren fest, die eher auf Gewinn ausgerichtet sind als auf die pädiatrische Versorgung“, sagt Jigga Saro (Name geändert), ein ehemaliger Sicherheitsbeamter, der angibt, die simbabwische Polizei auf „Matrix“ aufmerksam gemacht zu haben und untergetaucht zu sein, nachdem der Eigentümer von Matrix im Jahr 2025 kurzzeitig festgenommen worden war.

„Familien müssen zwischen 400 und 800 Dollar pro Monat zahlen, wenn ihre Kinder in diesen Lagern festgehalten werden — oder sogar noch mehr, um ihre Freilassung zu erwirken.“

KIDNAPPER ALS „GESUNDHEITSPERSONAL“

Einer der besorgniserregendsten Aspekte dieser Rehabilitationszentren ist die Art und Weise, wie sie ihre Klient*innen „rekrutieren“ – neben den Versprechungen, die in den sozialen Medien gemacht werden. Es gibt zahlreiche Vorwürfe, dass Reha-Zentren wie „Matrix“ private Türsteher als „Entführungstrupps“ einsetzen. Diese Trupps holen junge Menschen in Not von der Straße und bringen sie gewaltsam in die Zentren, berichtet die 22-jährige Irimayi Goto (Name geändert). Genau das widerfuhr der jungen Mutter, die drei Jahre lang mit einer Alkohol- und Ecstasy-Abhängigkeit zu kämpfen hatte und zwei Monate in dem Zentrum verbrachte, bevor ihre im Ausland lebenden Onkel eine Gebühr von 900 Dollar zahlten, um ihre Freilassung zu erwirken.

Die Männer dieser Banden schlendern durch die Straßen von Harare und locken mutmaßliche Drogensüchtige unter dem Vorwand, sie zu einer medizinischen Untersuchung oder einem Seminar zum Thema „Stärkung der Jugend“ mitzunehmen, in ihre Fahrzeuge, so Goto. Sobald sie hinter die Tore der Rehabilitationszentren gebracht werden, kommen brutale Methoden zum Einsatz. Die „Patient*innen“

würden gegen ihren Willen festgehalten, sagt sie. „Das ist keine medizinische Behandlung – das ist Entführung.“

Goto fügt hinzu, dass hinter diesen Zwangsinhaftierungen keine medizinischen Bedenken stehen, sondern der finanzielle Wert jedes Drogenabhängigen, der in Rehabilitationszentren eingewiesen wird. Familien müssen zwischen 400 und 800 Dollar pro Monat zahlen, wenn ihre Kinder in diesen Lagern festgehalten werden – oder sogar noch mehr, um ihre Freilassung zu erwirken.

IM „BOOTCAMP“

Goto berichtet, dass der Alltag in der Reha-Einrichtung eher dem einer Gefängnisinsassin als dem einer Patientin in der Rehabilitation glich. „Wir wurden aus unserem kurzen Schlaf geweckt, um an Appellen, Zwangsgesang und zermürbendem Training teilzunehmen“, sagt sie. Dazu gehörten beispielsweise das „Luftsitzen“ – 30 Minuten oder länger in der Hocke zu verharren – oder das „Froschmarschieren“. „Auch Schläge waren an der Tagesordnung“, sagt Goto.

Die Übungen forderten ihren körperlichen Tribut und führten oft dazu, dass ihr schwindelig wurde und sie kurz vor der Ohnmacht stand. Doch jedes Anzeichen von Schwäche hätte Schläge mit einem Wasserrohr zur Folge gehabt. Es gab kein Gesundheitspersonal, das auf Sucht spezialisiert gewesen wäre und die Insassen, wie bei der Aufnahme versprochen, behandelt hätte. „Nur muskulöse Männer, die uns verspotteten und schlugen. Uns wurde gesagt, wir seien für unsere Familien und das Land nutzlos, weil wir drogenabhängig sind. Wenn wir uns zu laut beschwerten, drohten sie, uns in den Krieg in die Ukraine und nach Russland zu schicken, um dort zu sterben“, berichtet sie.

Mehrere durchgesickerte Videos aus den Rehabilitationscamps bestätigen diese Berichte. Einige Aufnahmen zeigen Insassen, die vollständig bekleidet mit Wasser übergossen und gezwungen werden, stillzustehen, während Mitinsassen, angefeuert vom Personal, sich über sie lustig machen.

Ein weiterer verstörender Aspekt der „Bootcamps“ waren die sogenannten „medizinischen Untersuchungen“, sagt Chipo Ganga, Mutter des 19-jährigen Jurastudenten. Sie berichtet, dass ihrem Sohn im Rehabilitationszentrum Blut abgenommen und seine Haarsträhnen auf „Kokainspuren“ untersucht wurden. Videoaufnahmen, die auf den Social-Media-Plattformen der Einrichtungen zu sehen sind, zeigen zudem, wie Insassen bei ihrer Aufnahme zwangsweise „medizinischen“ Untersuchungen unterzogen werden.

Untersuchungen haben inzwischen ergeben, dass Einwilligungen vorgetäuscht, die Methoden rudimentär und keine Sachverständigen anwesend waren. Dies stellt einen ekla-

tanten Verstoß gegen das Gesetz über das öffentliche Gesundheitswesen sowie gegen das Gesetz zur Kontrolle von Arzneimitteln und verwandten Stoffen in Simbabwe dar.

KORRUPTION UND DIE STIFTUNG DER FIRST LADY

Während das „Matrix“ wegen seiner angeblichen Brutalität in Verruf geraten ist, steht die „Angel of Hope“-Stiftung laut Whistleblower*innen für eine weitere Facette der Krise: systemische Korruption.

Das Rehabilitationszentrum der First Lady von Simbabwe setzt keine „Entführer“ ein, um Süchtige von der Straße zu holen, sagt Ethan Soko (Name geändert), 24, ein ehemaliger potenzieller Patient, der sein Studium der Buchhaltung an der University of Zimbabwe aufgrund seines Missbrauchs von Hustenmedikamenten abgebrochen hat. „Angel of Hope“ verfolgt einen anderen Ansatz – ein „Pay-to-Play“-System, sagt er. Vermögende Familien zahlen angeblich hohe Bestechungsgelder, um Plätze für ihre problembelasteten Kinder zu sichern, und drängen sich damit vor diejenigen wie ihn – die mittellosen jungen Menschen aus armen Stadtvierteln, die sich private Reha-Kliniken nicht leisten können.

„Ich war seit fünf Jahren süchtig nach codeinhaltigem Hustensaft, und nachdem ich lange gewartet hatte, wurde endlich ein Platz im dreimonatigen Bootcamp der First Lady frei. Ich war übergelukkig“, sagt er. An dem Tag, an dem Soko sich anmeldete, wurde sein Platz jedoch auf unbestimmte Zeit gestrichen. Es wurde kein Grund genannt. Wachleute erzählten ihm später, dass der problembelastete Teenager-Sohn eines wohlhabenden Politikers 1200 Dollar gezahlt hatte, um ihm seinen Platz wegzuschnappen. Soko war am Boden zerstört – und leidet, wie er sagt, nun unter Depressionen, trinkt Alkohol und missbraucht weiterhin codeinhaltigen Hustensaft.

Tafadzwa Chidawa, Leiter des Matrix-Rehabilitationszentrums, wies Behauptungen zurück, sein Zentrum arbeite illegal und „drille“ die Insassen mit Foltermethoden. „Das ist Unsinn – wir halten niemanden gegen seinen Willen fest. Unsere Methoden sind human – einige der Videos, die Sie von den Übungen gesehen haben, sind KI-generiert und gefälscht. Wir handeln im Rahmen des Gesetzes – und die Familien sind begeistert, dass wir ihre Kinder zum Besseren verändert haben“, sagt er. Anfragen um eine Stellungnahme an die „Angel of Hope Foundation“ der First Lady blieben unbeantwortet.

DIE POLIZEI UNTERNIMMT NICHT GENUG

Die „Zimbabwe Health Professions Authority“, eine staatliche Aufsichtsbehörde, hat in einer Erklärung darauf hingewiesen, dass mehrere Rehabilitationszentren, darunter

„Matrix“, illegal betrieben werden. Die Reaktion der simbabwischen Regierung auf solche Warnungen war bislang allerdings nur halbherzig.

Der Betreiber von „Matrix“ wurde im März 2025 kurzzeitig festgenommen, weil er angeblich eine illegale Rehabilitationsanstalt betrieben und sich als Kinderschutzbeauftragter ausgegeben haben soll. Kurz darauf wurde er wieder freigelassen. Die simbabwische Polizei ignorierte mehrere Aufforderungen, zu erklären, warum ihr vorgeworfen wird, gegenüber einflussreichen Persönlichkeiten, die angeblich illegale Rehabilitationsanstalten betreiben, zu nachsichtig zu sein.

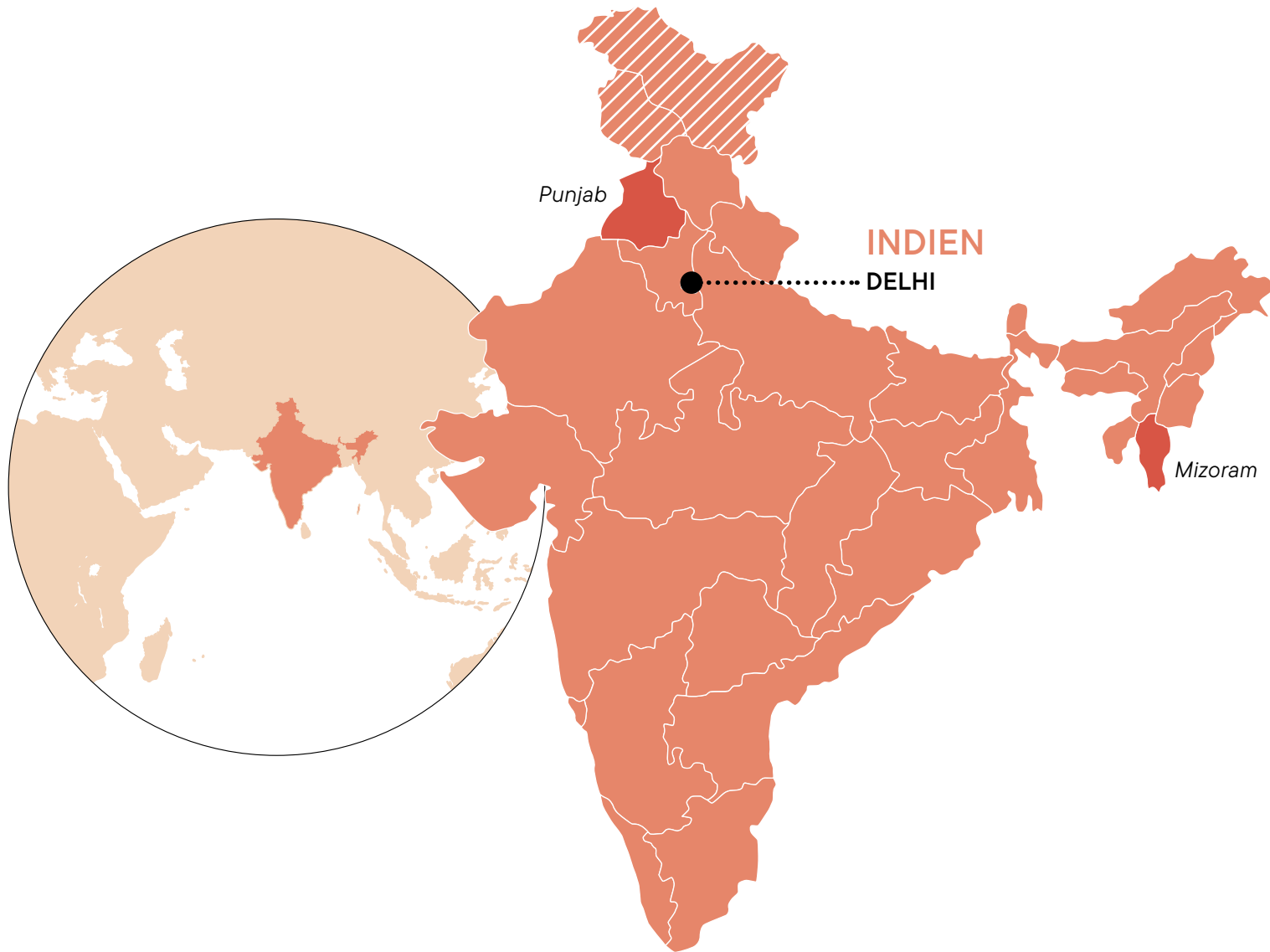
Das simbabwische Gesundheitsministerium hat lediglich seine sogenannte „Besorgnis“ zum Ausdruck gebracht. Doch offenbar sind ihm die Hände gebunden, wenn solche „Bootcamps“ mit einflussreichen Persönlichkeiten aus Politik und Regierung in Verbindung stehen, sagt Soko, der seinen Platz im Rehabilitationszentrum der First Lady verloren hat. „Das sind keine Drogenrehabilitationszentren; es sind Erpressungs-Bootcamps, die mit zweifelhaften Methoden jungen Menschen, die mit einer Sucht zu kämpfen haben, Angst einflößen“, sagt er.



DEOGRACIOUS KALIMA

ist freiberuflicher Journalist und lebt in Malawi und Simbabwe. Seine Arbeit konzentriert sich auf Menschenrechte und öffentliche Gesundheit.

X | deokalben22



GLAUBENSBASIERTE ORGANISATIONEN

Von Gurdwaras bis zu Kirchen: Religionsgemeinschaften engagieren sich gegen Indiens Drogenkrise

Da die Bemühungen der Regierung offenbar scheitern, sind es religiöse Organisationen, die in Indien die wirksamsten Netzwerke zur Drogenrehabilitation aufbauen.

VON RISHABH JAIN

Indiens Drogenkrise hat kritische Ausmaße erreicht. Der Bundesstaat Punjab verzeichnet einige der alarmierendsten Zahlen des Landes: Im Jahr 2024 waren dort über 230.000 Menschen opioidabhängig, und die Opioidkonsumrate lag bei 9,7%, verglichen mit einem nationalen Durchschnitt von 2,1%. Punjab hat etwa 30 Millionen Einwohner*innen und liegt direkt am „Heroinkorridor“, der von Afghanistan über Pakistan nach Indien verläuft.

Im selben Jahr wurden in Punjab 9025 Strafverfahren nach dem Gesetz über Betäubungsmittel und psychotrope Substanzen (Narcotic Drugs and Psychotropic Substances (NDPS) Act) registriert. Trotz eines rückläufigen Trends ist dies nach wie vor die zweithöchste Zahl in ganz Indien nach dem Bundesstaat Kerala. Die am häufigsten konsumierten Drogen in Punjab waren Heroin, Opium und missbrauchte Medikamente.

Gleichzeitig ist das öffentliche Suchtbehandlungssystem in Punjab stark überlastet. Der Bundesstaat betreibt 529 ambulante Kliniken für die opioidunterstützte Therapie (OAT), die durch rund 180 private Behandlungszentren ergänzt werden.

Religiöse Organisationen haben diese Lücke mit einer Wirksamkeit geschlossen, die der Staat bislang nur schwer erreichen konnte. Die Gründe dafür sind nicht schwer zu verstehen. In von Sucht geplagten Gemeinschaften ist das Vertrauen in staatliche Systeme geschwächt. Religiöse Organisationen hingegen verfügen über moralische Autorität, eine Reichweite bis zur Gemeindeebene und ein Verständnis von Genesung, das ebenso sehr spiritueller wie medizinischer Natur ist. Sie behandeln die Betroffenen nicht nur, sondern integrieren sie auch wieder in die Gesellschaft.

DAS GURDWARA-MODELL IN PUNJAB

Das Konzept des „Seva“ – selbstloser Dienst – hat im Sikh-Glauben eine lange Tradition. Dadurch eignen sich Gurdwaras, die Gebets- und Lernstätten der Sikhs, ideal für die soziale Betreuung. In Punjab haben sich einige davon von der bloßen Bereitstellung kostenloser Mahlzeiten hin zum Betrieb umfassender Rehabilitationsprogramme weiterentwickelt. In manchen Gurdwaras erhalten Patient*innen Unterstützung bei der Entgiftung, Beratung, berufliche Ausbildung und – was entscheidend ist – eine Gemeinschaft, die sie auch nach ihrer Entlassung weiterhin begleitet und unterstützt.

Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Unterstützung wird durch Forschungsergebnisse zur Opioidabhängigkeit in Indien unterstrichen. Eine Studie mit 466 Patient*innen, die sich in einem Behandlungszentrum in Amritsar einer stationären Opioid-Entgiftung unterzogen hatten, ergab, dass rund 32 % im Jahr nach ihrer Entlassung einen Rückfall erlitten hatten. Eine weitere indische Studie mit Patient*in-

nen, die wegen einer Opioidabhängigkeit behandelt wurden, zeigte, dass ein Drittel innerhalb eines Nachbeobachtungszeitraums von 90 Tagen einen Rückfall hatte. Diese Ergebnisse verdeutlichen die Herausforderungen bei der Aufrechterhaltung der Genesung nach der Therapie und die potenzielle Bedeutung einer fortgesetzten psychosozialen und gemeindenahen Unterstützung.

„Vor dem Hintergrund dieser institutionellen Defizite füllen religiöse Organisationen nun nicht nur einen Teil der Lücke, sondern tragen auch einen unverhältnismäßig großen Teil der Last.“

Das Gurdwara-Modell integriert das, was Suchtfachleute als „soziales Kapital“ bezeichnen, direkt in die Therapie selbst. Süchtige, die sich in der Genesung befinden, werden nicht einfach in die Anonymität entlassen – sie kehren in eine Gemeinschaft zurück, die sie kennt, sich um sie kümmert und ihnen über ihre eigenen Netzwerke Arbeit vermittelt. Die Drogenkrise in Punjab ist in der Tat auch eine Arbeitslosenkrise. Studien stellen durchweg einen Zusammenhang zwischen Drogenmissbrauch und Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten her. Daten aus der regelmäßigen Arbeitskräfteerhebung für den Zeitraum April bis Juni 2025 zeigten, dass die Jugendarbeitslosigkeit (in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen) in Punjab bei 20,2% lag und damit über dem nationalen Durchschnitt. Die Gurdwara-Programme bekämpfen also gleichzeitig Drogenmissbrauch und Arbeitslosigkeit.

Unterdessen hat die staatliche Infrastruktur mit ernsthaften Glaubwürdigkeitsproblemen zu kämpfen. Punjab führte im Jahr 2025 neue Vorschriften zur Behandlung von Suchterkrankungen ein. Die Reform folgte auf einen großen Skandal, bei dem private Reha-Anbieter Millionen von Buprenorphin-Tabletten – ein Opioid zur Behandlung von Opioidabhängigkeit sowie akuten und chronischen Schmerzen – auf den freien Markt umgeleitet hatten. Ein Zentrum in Patiala soll Berichten zufolge in weniger als acht Monaten 2,6 Millionen Tabletten verkauft haben,



Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Hafiz Ahmed

Eine Kundgebung zur Drogenaufklärung im nordindischen Bundesstaat Assam im September.

obwohl dort nur 55 Patient*innen registriert waren. Dieser Vorfall verdeutlicht eindrücklich die Risiken eines kommerzialisierten Rehabilitationssektors, der ohne angemessene Aufsicht betrieben wird – und spricht für gemeinde-nahe Alternativen.

DIE KIRCHE ENGAGIERT SICH IM NORDOSTEN

Fast 3000 Kilometer weiter östlich, in den Hügeln im Nordosten Indiens, unternimmt eine andere Religionsgemeinschaft ähnlich umfangreiche Anstrengungen. Die Region – zu den Bundesstaaten wie Mizoram, Nagaland, Meghalaya und Manipur gehören – ist überwiegend christlich geprägt. Sie grenzt an Myanmar, das zusammen mit Laos und Thailand das „Goldene Dreieck“ des Opium- und Heroinhandels bildet und zu den größten Drogenanbaugebieten Asiens zählt. Indiens 1643 Kilometer lange, größtenteils ungesicherte Grenze zu Myanmar verläuft durch drei dieser Bundesstaaten, wodurch Heroin und Methamphetamin relativ ungehindert ins Land gelangen können.

In Mizoram bekennen sich rund 87% der Bevölkerung zum christlichen Glauben. Die größte Konfession, die Mizoram Presbyterian Church, hat kürzlich eine Vereinbarung mit der Regierung unterzeichnet, wonach das Jordan Centre – eines der größten Rehabilitationszentren in Mizoram – für einen

„Indiens Drogenkrise ist zugleich eine Krise der Zugehörigkeit.“

Zeitraum von 15 Jahren an die Synode der Kirche übergeben wird. Der Staat wird einen jährlichen Zuschuss von rund 52.000 Dollar bereitstellen, und die Kirche hat 238.000 Dollar aus ihrem eigenen Haushalt vorgesehen, um die Einrichtung, die unter staatlicher Leitung weitgehend funktionsunfähig geworden war, wiederzubeleben und auszubauen.

Die Logik ist dieselbe wie in Punjab, nur in anderen theologischen Begriffen ausgedrückt. „Für die Regierung war es selbstverständlich, auf sie zuzugehen“, erklärte Francis Khars-hing, Leiter der staatlichen „Drug Reduction, Elimination and Action Mission“ (DREAM), gegenüber UCA News. Er verwies auf eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat in Meghalaya. „Durch die Bündelung von Ressourcen, Vertrauen und Nähe zur Bevölkerung wollen wir nicht nur Suchterkrankungen behandeln, sondern auch Würde wiederherstellen, Leben neu aufbauen und künftige Generationen schützen“, sagte er. In Nagaland ist das Shalom-Reha-

bilitationszentrum der katholischen Kirche in Chumukedima seit 1993 in Betrieb; dessen Leiter wurde im Oktober 2024 vom Gouverneur des Bundesstaates offiziell für die drei Jahrzehnte währende Arbeit des Zentrums geehrt.

Im Juni dieses Jahres schlossen sich Kirchen verschiedener Konfessionen – Presbyterianer, Baptisten und Katholiken – mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Mizoram zusammen, um eine gemeinsame Anti-Drogen-Koalition zu bilden. Die „Central Young Mizo Association“ und das höchste kirchliche Gremium, das „Mizoram Kohhran Hruaitute Committee“, hatten das Treffen als dringliche Angelegenheit einberufen. „Drogenmissbrauch ist eines der schwerwiegendsten Probleme, mit denen sowohl die Kirchen als auch die Zivilgesellschaft heute konfrontiert sind“, erklärte Bischof Stephen Rotluanga aus Aizawl gegenüber UCA News.

„Unterdessen hat die staatliche Infrastruktur mit ernsthaften Glaubwürdigkeitsproblemen zu kämpfen.“

DIE FRAUEN, DIE VOM STAAT ÜBERSEHEN WERDEN

Indiens Drogenkrise hat eine weitere Dimension, die in den offiziellen Daten kaum zum Ausdruck kommt: Frauen. Die Infrastruktur zur Drogenrehabilitation des Landes ist fast ausschließlich auf männliche Patienten ausgerichtet. In der Vergangenheit basierten Suchtforschung, Diagnose und Behandlungsansätze auf Modellen, die sich in erster Linie auf Männer konzentrierten, während die spezifischen Realitäten der Sucht bei Frauen oft übersehen wurden. In Indien werden diese Realitäten durch ein so starkes Stigma verschärft, dass suchtkranke Frauen kaum identifiziert werden – Familien verstecken sie, Gemeinschaften schließen sie aus, und staatliche Einrichtungen, sofern es sie überhaupt gibt, sind oft unzugänglich.

Frauen sehen sich einer Vielzahl sich überschneidender Hürden bei der Suchtbehandlung gegenüber, darunter Stigmatisierung und Scham, begrenzte familiäre Unterstützung, Betreuungsaufgaben sowie Bedenken hinsichtlich Sicherheit und Privatsphäre. Indische Studien über Frauen, die eine Behandlung in Anspruch nehmen, haben mangelnde soziale Unterstützung, Kinderbetreuungsaufgaben, Selbststigmatisierung und familiäre Stigmatisierung als Hin-

dernisse für den Einstieg in eine Behandlung oder den Verbleib darin dokumentiert.

Glaubensbasierte Organisationen, die innerhalb der Gemeinschaften und nicht außenstehend agieren, sind manchmal besser in der Lage, diese Frauen zu erreichen. Kirchliche Netzwerke im Nordosten haben beispielsweise Modelle der Selbsthilfeberatung und Programme für Hausbesuche entwickelt, sodass Frauen ihre Sucht nicht öffentlich zugeben oder ihre Familien verlassen müssen, um Hilfe zu suchen. Auch Programme, die mit Gurdwaras im Punjab verbunden sind, haben begonnen, speziell auf Frauen zugeschnittene Angebote zu entwickeln, da man erkannt hat, dass Sucht in Familien selten nur die Männer betrifft.

Dennoch sind die Lücken in der Behandlungsversorgung für beide Geschlechter nach wie vor enorm. Nach Angaben des Ministeriums für soziale Gerechtigkeit und Empowerment werden derzeit 768 Behandlungs- und Rehabilitationszentren im Rahmen des National Action Plan for Drug Demand Reduction (NAPDDR) finanziert – viel zu wenige für ein Land, in dem Millionen von Menschen eine Behandlung wegen Substanzabhängigkeit benötigen. Vor dem Hintergrund dieser institutionellen Defizite füllen religiöse Organisationen nun nicht nur einen Teil der Lücke, sondern tragen auch einen unverhältnismäßig großen Teil der Last.

Indiens Drogenkrise ist zugleich eine Krise der Zugehörigkeit: Menschen greifen zu Drogen, wenn sie sich vom Wirtschaftsleben, von ihren Familien und ihrer Zukunft abgekoppelt fühlen. Die derzeit wirksamste Rehabilitationsarbeit in Indien wird von Einrichtungen geleistet, deren gesamte Existenz darauf ausgerichtet ist, den Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit – sowohl in spiritueller als auch in physischer Hinsicht – zu einer Gemeinschaft und zu einem höheren Ziel zu vermitteln.



RISHABH JAIN

ist freiberuflicher Journalist und Dokumentarfilmer und befasst sich mit Themen wie Klimawandel, Gesundheit, Menschenrechte und Migration.

rish.jain8899@gmail.com



Männer in einer Bar in Kano – Alkohol zu trinken ist in Nigeria zu einem Zeitvertreib geworden.

ALKOHOL

Alkohol als Gefahr für die öffentliche Gesundheit in Nigeria

Reformen des nigerianischen Gesundheitssystems könnten durch den zunehmenden schädlichen Alkoholkonsum untergraben werden. Um dieses Problem anzugehen, sind Maßnahmen wie strengere gesetzliche Rahmenbedingungen, eine bessere Durchsetzung der Vorschriften und höhere Steuern erforderlich.

Alkoholkonsum ist in nigerianischen Städten zu einem immer selbstverständlicheren Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens geworden, insbesondere unter jungen Erwachsenen. Getränke, die früher mit Feiern und besonderen Anlässen in Verbindung gebracht wurden, werden heute oft unter der Woche und in alltäglichen Situationen konsumiert. Alkohol hat sich von einem Symbol für Festlichkeit zu einem Mittel zur Alltagsbewältigung gewandelt, wovon Frauen und Männer gleichermaßen betroffen sind.

Nigerias Verhältnis zum Alkohol begann zunächst in Maßen. Traditionelle Getränke wie Palmwein, Burukutu und Pito waren Teil gesellschaftlicher Bräuche und Rituale. Gemeinden teilten sie miteinander, und Traditionen legten Grenzen für ihren Konsum fest.

„Alkohol sollte mit dem höchstmöglichen Verbrauchsteuersatz unter den Konsumgütern belegt werden.“

Die Kolonialzeit veränderte jedoch sowohl das Angebot an Getränken als auch deren Bedeutung. Europäische Händler führten Gin und Rum ein, die zu Symbolen der Modernität und des sozialen Status wurden. In den 1980er-Jahren sponserten Brauereien nationale Fußball- und Musikveranstaltungen. Anfang der 2000er-Jahre war Alkohol zu einem festen Bestandteil der Freizeitgestaltung geworden.

In den 2020er-Jahren hat sich dieser Wandel weiter verfestigt. Lokale und internationale Spirituosenhersteller vermarkten ihre Produkte mittlerweile über digitale Medien und Influencer-Kampagnen direkt an junge Menschen. Einige dieser Produkte enthalten zugesetzten Zucker, Koffein und Aromastoffe, die den Alkoholgehalt verschleiern und zu übermäßigem Konsum verleiten können. Alkohol ist mittlerweile problemlos auf Parkplätzen, an Universitäten und auf Baustellen zu finden, wo Verkäufer*innen neben Brot und Zigaretten auch billige Spirituosen in kleinen Tütchen anbieten.

DIE VERHEERENDEN AUSWIRKUNGEN VON ALKOHOL

Alkohol wirkt sich auf Frauen und Männer gleichermaßen aus, doch die Gesundheitsrisiken unterscheiden sich. Frauen erreichen schneller einen höheren Blutalkohol-

spiegel, da ihr Körperwasseranteil in der Regel geringer ist und sie Alkohol enzymatisch langsamer abbauen. Dies erhöht ihr Risiko für Brustkrebs, Leberversagen und Bluthochdruck. Männer sind einem erhöhten Risiko für Schlaganfälle, Herzerkrankungen und eine verminderte Fruchtbarkeit ausgesetzt.

Im Jahr 2024 führte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit rund 2,6 Millionen Todesfälle auf den Alkoholkonsum zurück, was 4,7 % aller Todesfälle ausmachte. Mehr als 1,6 Millionen dieser Todesfälle wurden durch nichtübertragbare Krankheiten wie Krebs und Herzinsuffizienz verursacht, während mehr als 700.000 auf Verletzungen wie Verkehrsunfälle zurückzuführen waren. Die WHO stellt fest, dass es im Hinblick auf Krebserkrankungen keine sichere Obergrenze für Alkoholkonsum gibt.

In Nigeria schätzte der WHO-Bericht von 2024 den jährlichen Alkoholkonsum im Jahr 2019 auf 4,2 Liter reinen Alkohols pro Person ab 15 Jahren. Derselbe Bericht bezifferte die altersstandardisierte Häufigkeit episodischen starken Alkoholkonsums in dieser Bevölkerungsgruppe auf 12,1 %. Im Jahr 2019 wurden in Nigeria 62.236 Todesfälle auf Alkohol zurückgeführt.

DER BESTEHENDE RAHMEN IN NIGERIA

Die „Nigeria Health Sector Renewal Investment Initiative“ (NHSRII) bietet einen kohärenten Rahmen für Prävention und Gesundheitsförderung. Ihr Ansatz ermöglicht es den Behörden, die Bekämpfung von Alkohol- und Drogenmissbrauch beispielsweise mit Impfprogrammen und der Gesundheit von Müttern zu verknüpfen. Die Logik dahinter ist einfach: Die Prävention nichtübertragbarer Krankheiten durch Verhaltensregulierung rettet Leben und entlastet Krankenhäuser.

Darüber hinaus bietet die im August 2026 ins Leben gerufene „Nigeria Alcohol Policy and its Multisectoral Implementation Plan (2026–2030)“ nun einen nationalen Rahmen. Sie vereint öffentliche Aufklärung, Früherkennung, Behandlung und Durchsetzung. Zudem schuf die Einführung eines nationalen Tages der Gesundheitsförderung eine dauerhafte nationale Plattform. Dieser Tag sollte nun gezielt auf die Bekämpfung von Alkohol- und Drogenmissbrauch ausgerichtet werden. Er kann öffentliche Aufklärung, bürgernahe Polizeiarbeit und klinische Vorsorgeuntersuchungen unter einem gemeinsamen Leitprinzip vereinen. Ohne eine solche Koordinierung könnten die im Rahmen der NHSRII erzielten raschen Fortschritte – verbesserte Inanspruchnahme der medizinischen Grundversorgung, erhöhter Versicherungsschutz und ausgeweitete Vorsorgeuntersuchungen für nichtübertragbare Krankheiten – gerade durch jene Verhaltensweisen untergraben werden, die zu vermeidbaren Krankheiten beitragen.

DAS GESETZ UND DIE ROLLE DER NAFDAC

Der rechtliche Rahmen Nigerias ist auf dem Papier angemessen. Gemäß dem NAFDAC-Gesetz regelt die National Agency for Food and Drug Administration and Control (NAFDAC) die Herstellung, den Import, die Werbung und den Verkauf von alkoholischen Getränken. Die Verordnung über alkoholische Getränke (2019) schreibt die Produktregistrierung und die korrekte Kennzeichnung des Alkoholgehalts vor und verbietet irreführende gesundheitsbezogene Angaben. Werberichtlinien verbieten Inhalte, die sich an Minderjährige richten, und verlangen Hinweise auf Altersbeschränkungen.

„Die derzeitige Realität in Nigeria sieht so aus, dass Werbetafeln für Whisky und Bier direkt über Kliniken angebracht sind, die alkoholbedingte Notfälle behandeln.“

Im Februar 2024 setzte die NAFDAC ein Verbot von Alkohol in Beuteln und Flaschen mit einem Fassungsvermögen von höchstens 200 Millilitern durch. Dies war ein wichtiger Schritt, um den Zugang junger Menschen zu hochprozentigem Alkohol einzuschränken. Die Behörden müssen dieses Verbot aufrechterhalten und konsequent durchsetzen. Die Regierungen der Bundesländer sollten zudem ihre Genehmigungsgesetze an den nationalen Rechtsrahmen anpassen und strengere Strafen für die illegale Herstellung und den Verkauf ohne Genehmigung verhängen.

Die gesetzlichen Definitionen in Nigeria sind jedoch nach wie vor veraltet. Alkohol wird weiterhin als Handelsware und nicht als giftiger Stoff behandelt. Wissenschaftlich gesehen ist Alkohol ein giftiger, psychoaktiver und suchterzeugender Stoff, und die Internationale Agentur für Krebsforschung hat ihn bereits vor Jahrzehnten als Karzinogen der Gruppe 1 eingestuft.

Das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesjustizministerium sollten im Rahmen der NAFDAC-Gesetzesänderungen auf den Weg bringen, um Alkohol in Bezug auf Werbung, Kennzeichnung und Einzelhandelslizenzen als kontrollierten giftigen Stoff einzustufen. Eine solche Reform würde den Alkoholkonsum von Erwachsenen nicht

unter Strafe stellen. Vielmehr würde sie es den Aufsichtsbehörden ermöglichen, Alkohol mit derselben Sorgfalt zu behandeln wie Arzneimittel und Pflanzenschutzmittel.

ALKOHOLWERBUNG IN NIGERIA

Die Regulierung muss auch den Marketingbereich umfassen. Der Nigerian Advertising Regulatory Council (ARCON) sollte die Vorabprüfung aller Alkoholwerbung, einschließlich digitaler und Influencer-Kampagnen, strikt durchsetzen. Alkoholmarken sollten keine Reality-TV-Sendungen, Talentshows oder Sportinhalte sponsern, die ein Publikum unter 18 Jahren erreichen. Das Sponsoring von Unterhaltungsprogrammen durch Alkoholhersteller untergräbt nationale Gesundheitsbotschaften und normalisiert Alkoholkonsum als Freizeitaktivität.

Die derzeitige Realität in Nigeria sieht so aus, dass Werbetafeln für Whisky und Bier direkt über Kliniken angebracht sind, die alkoholbedingte Notfälle behandeln. Dieser Widerspruch untergräbt das Vertrauen der Öffentlichkeit und schwächt die Glaubwürdigkeit der staatlichen Politik. Die Regierung kann keine öffentlichen Mittel für die Behandlung von Krankheiten ausgeben und gleichzeitig zulassen, dass die Industrie die Ursachen dieser Krankheiten verherrlicht.

ALKOHOL UND VERKEHRSSICHERHEIT

Der Verkauf alkoholischer Getränke an Busbahnhöfen und entlang von Verkehrsrouten ist zu einem Problem der öffentlichen Sicherheit geworden. Fahrer*innen von Überlandbussen, gewerblichen Dreirädern und Lastkraftwagen konsumieren regelmäßig billige Spirituosen vor oder während ihrer Fahrten. Bei stichprobenartigen Kontrollen am Straßenrand werden weiterhin hohe Blutalkoholwerte bei Berufskraftfahrer*innen festgestellt.

Das Federal Road Safety Corps (FRSC) sollte die Durchsetzung der Gesetze gegen Alkohol am Steuer durch obligatorische Atemalkoholtests, Verkehrskontrollen und den sofortigen Entzug der Führerscheine von Zuwiderhandelnden verstärken. Es muss mit der NAFDAC und den Verkehrsbehörden der Bundesstaaten zusammenarbeiten, um die Lieferkette zu unterbrechen, die es nicht zugelassenen Händler*innen ermöglicht, an Verkehrsknotenpunkten tätig zu sein. Verkehrssicherheit und öffentliche Gesundheit sind keine voneinander getrennten Themen; bei beiden geht es um vermeidbare Todesfälle.

WIRTSCHAFTLICHE ABSCHRECKUNGSMASSNAHMEN

Wirtschaftliche Abschreckungsmaßnahmen sind nach wie vor eine wirksame Maßnahme im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Mehrere Studien deuten darauf hin, dass höhere Alkoholpreise und -steuern mit einem geringeren Konsum

einhergehen. Die Verbrauchsteuern auf Bier und Spirituosen in Nigeria liegen weiterhin unter dem weltweiten Durchschnitt.

Alkohol sollte mit dem höchstmöglichen Verbrauchsteuersatz unter den Konsumgütern belegt werden. Die daraus erzielten Einnahmen könnten in die Gesundheitsförderung, in Rehabilitationszentren und in die Durchsetzung von Vorschriften fließen. Die Behörden könnten die Einnahmen über den NHSRII-Finanzierungskorb bereitstellen und an messbare Ergebnisse knüpfen, wie beispielsweise weniger Todesfälle durch Trunkenheit am Steuer und eine breitere Abdeckung der Vorsorge für nichtübertragbare Krankheiten. Wie im Rahmen des NHSRII muss die Verwendung dieser Mittel transparent sein. Die Besteuerung sollte dazu dienen, den Konsum einzudämmen, und nicht lediglich dazu, die Staatseinnahmen zu erhöhen.

„Die Fortschritte, die das NHSRII in Bezug auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung, Effizienz und Rechenschaftspflicht erzielt hat, werden wenig bedeuten, wenn Menschen, die eine bessere Versorgung erhalten, sich weiterhin krank trinken.“

FAZIT

Die Entwicklungen beim Alkoholkonsum in Nigeria spiegeln einen umfassenderen gesellschaftlichen Wandel wider: Das Land ist ehrgeizig und dynamisch, doch es mangelt an Disziplin. Die Fortschritte, die das NHSRII in Bezug auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung, Effizienz und Rechenschaftspflicht erzielt hat, werden wenig bedeuten, wenn Menschen, die eine bessere Versorgung erhalten, sich weiterhin krank trinken. Alkohol ist nicht mehr nur ein privates Laster; er stellt ein Risiko für die öffentlichen Finanzen und die soziale Stabilität dar.

Die Regierung verfügt über die Mittel, um im Rahmen der NHSRII entschlossen zu handeln. Nun gilt es sicherzustellen, dass Worten Taten folgen. Wenn Nigeria seinen demo-

grafischen Vorteil sichern will, muss es den zunehmenden Alkoholkonsum mit derselben Ernsthaftigkeit bekämpfen wie Epidemien. Das ist keine Moralisierung, sondern eine Frage der Regierungsführung.

WEITERFÜHRENDE LEKTÜRE

Weltgesundheitsorganisation (WHO), 2024: Global status report on alcohol and health and treatment of substance use disorders.



CHINEDU MOGHALU

ist Rechtsanwalt, Experte für strategische Kommunikation und Berater für öffentliche Politik. Derzeit ist er leitender Sonderberater des nigerianischen Koordinierungsministers für Gesundheit und Soziales.

moghaluigwe@gmail.com